



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Deliberative und partizipative Demokratietheorie
im Feld der Digitalität“

verfasst von / submitted by

Katia Frida Antonia Wissinger BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna, 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet :

UA 066 941

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Philosophie

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Angela Kallhoff

Inhaltsverzeichnis

Plagiatserklärung	4
Danksagung.....	5
Einleitung	6
1. Politische Beteiligung in der Demokratietheorie. Definitionen und Einordnungen	9
1.1. <i>Deliberation und öffentlicher Diskurs. Die Konzeption der deliberativen Demokratietheorie.....</i>	<i>9</i>
a. Habermas‘ Theorie der deliberativen Politik	10
b. Kritische Analyse der Theorie von Habermas	14
c. Ein neues Modell der Öffentlichkeit?	17
d. Fazit.....	19
1.2. <i>Partizipative Demokratie</i>	<i>19</i>
a. Ausweitung und Vertiefung von Demokratie	20
b. Strong Democracy: Barbers‘ programmatischer Ansatz	24
1.3. <i>Zusammenfassung des Kapitels</i>	<i>27</i>
2. „Weiter in den Comments“: Zur Bedeutung von Diskurs und Deliberation im Netz	27
2.1. <i>„I can’t hear you“ – epistemische Herausforderungen virtueller Deliberationsforen</i>	<i>29</i>
a. Neue Instrumente, alte Ungleichheiten?	29
b. Phänomenologie der virtuellen Zuschaltung.....	31
2.2. <i>Digitale Öffentlichkeit(en) – neue Problemfelder der deliberativen Demokratie</i>	<i>33</i>
a. “You have one new friend request”. Zur Bedeutung von digitaler Vernetzung für politische Willensbildung.....	35
b. #MeToo, die Macht des Hashtags und die Pluralisierung des öffentlichen Diskurses	38
c. Filter bubbles and echo chambers: die neuen Wege der Polarisierung.....	42
d. Hass im Netz: Wer wird <i>gesilenced</i> ?	46
2.3. <i>Fazit: Verkehrung des deliberativen Ideals?</i>	<i>49</i>
3. Digitale Partizipationsformen aus Sicht der partizipativen Demokratietheorie	51
3.1. <i>Institutionalisierte E-Beteiligung.....</i>	<i>52</i>
a. Eine Stadt entscheidet. Modalitäten von e-Beteiligungsverfahren am Beispiel Madrid	52
b. Mehr Beteiligung ist nicht gleich mehr Demokratie.....	55
c. Fazit.....	57
3.2. <i>Digitaler Aktivismus als Beteiligungspraxis?</i>	<i>58</i>
a. Aktivismus und Partizipation.....	59
b. <i>Sharing is Caring</i> . Welche Bedeutung dem Klick-Aktivismus?	62
c. Fazit.....	66
3.3. <i>Zusammenfassung des Kapitels</i>	<i>66</i>
Schlussteil.....	68
Literaturverzeichnis.....	70
Abstract (Deutsch).....	74
Abstract (Englisch).....	74

Plagiatserklärung

Hiermit erkläre ich, die vorgelegte Arbeit selbständig verfasst und ausschließlich die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt zu haben. Alle wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommenen Textpassagen und Gedankengänge sind durch genaue Angabe der Quelle in Form von Anmerkungen bzw. In-Text-Zitationen ausgewiesen. Dies gilt auch für Quellen aus dem Internet, bei denen zusätzlich URL und Zugriffsdatum angeführt sind. Mir ist bekannt, dass jeder Fall von Plagiat zur Nicht-Bewertung der vorliegenden Arbeit führt und der Studienprogrammleitung gemeldet werden muss. Ferner versichere ich, diese Arbeit nicht bereits andernorts zur Beurteilung vorgelegt zu haben.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'L. W. Pichler'.

Wien, 20. April 2022

Danksagung

Ich danke meiner Betreuerin Univ.-Prof. Angela Kallhoff für die vertrauensvolle und wertschätzende Begleitung meines Masterabschlusses und für das konstruktive Feedback auf den Erstentwurf dieser Arbeit.

Darüber hinaus danke ich Niels Wildschut, nicht nur für die inhaltlichen Ratschläge und wegweisenden Kommentare zu vielen Aspekten dieser Arbeit, sondern auch für die unablässige emotionale Unterstützung und Ermutigung, meinen Weg zu gehen.

Meiner Familie – Christine Steprat, Richard Wissinger und Ellen Kösten – möchte ich dafür danken, mich während meines Studiums immerzu unterstützt und an mich geglaubt zu haben. Danke auch an meine Freund:innen und Studienkolleg:innen, die während meines Bachelors und Masters in Wien und Paris an meiner Seite standen und diese Jahre auf vielfache Weise bereichert haben.

Schließlich möchte ich meinen Dank an zwei Personen aussprechen, die mich von klein auf dazu ermutigt haben zu studieren und meine Neugierde auf die Welt nicht zu verlieren – meine beiden Großmütter, Maria Wissinger und Armande Steprat. Je dédie ce travail à vous.

Einleitung

Als im März 2020 über etliche Länder Europas zum ersten Mal Lockdowns verhängt worden sind, kam es einem bisweilen so vor, als ob die Demokratie stillstünde: Nationalräte hörten auf zu tagen, Wahlen wurden mancherorts ausgesetzt, und auch Fernstudios und Podien, in denen davor die politische Debatte ausgetragen worden war, blieben leer. Ebenso wurde die Beteiligung der Bevölkerung am demokratischen Geschehen, etwa in Form von Teilnahmen an politischen Veranstaltungen, Protesten oder anderen aktivistischen Praktiken, durch das Gebot der Distanzierung zeitweilig beeinträchtigt. Nichtsdestotrotz etablierten sich andere Räume für den demokratischen Diskurs und die Teilhabe: Als sich der physische Raum dafür nicht mehr anbot, konnten virtuelle Orte des Zusammenkommens geschaffen werden, in denen sich Solidarität, Diskussion und Meinungspluralismus entfalteten. (Fernseh-)Debatten konnten von einem Tag auf den nächsten durch Zoom-Zuschaltungen ermöglicht werden; (politischer) Meinungs Austausch in die diversen Kanäle von sozialen Medien verlegt werden. „So, politics continue to happen even though we are not clustered in the public square“, meint Judith Butler in einem Interview im November 2020 und verweist damit auf die Vielzahl an digital gestützten Netzwerken und Unterhaltungen, die trotz der Pandemie aufrechterhalten und weitergeführt werden konnten.¹

Die Art und Weise, wie wir als politische Subjekte miteinander kommunizieren und handeln, ist heutzutage auf grundlegende Weise von digitalen Technologien und sozialen Medien geprägt – das ist auch der Befund von Van Dijk und Hacker in *Internet and Democracy in the Network Society* (2018). Durch veränderte Praktiken des Wissenserwerbs, der Kommunikation und der politischen Vernetzung scheinen für die demokratische Meinungs- und Willensbildung neue Möglichkeiten geschaffen worden zu sein: etwa durch einen leichteren Zugang zu Informationen und die Möglichkeit, sich niederschwellig an politischen Debatten zu beteiligen. Mehr Inklusion, Diversität und Resilienz in der demokratischen Praxis sind davon potenziell die Folge. Daneben zeitigen digitale Technologien auch konkrete, positive Effekte auf die Ausgestaltung von demokratischen Institutionen selbst, wie beispielsweise durch die Möglichkeit zur virtuellen Einbeziehung von Bürger:innen in Entscheidungsprozesse oder in Wahlen. Dies deutet auf das Potenzial von digitalen Technologien, demokratische Prozesse

¹ „Conversation entre Judith Butler et Lauren Bastide“, Minute 00:32, im Rahmen des *Festival les Créatives*, 25.11.2020, aufrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=cy4dAq6j0nM>. Zuletzt aufgerufen am 19. April 2022.

und Praktiken neu zu definieren und ihnen neue Handlungsspielräume zu eröffnen. Zugleich lassen sich aber auch eine Reihe an Entwicklungen beobachten, die im Gegenteil darauf hindeuten, dass der demokratische Handlungsspielraum im Begriff ist, zurückzugehen: Vielfach wird die Sorge ausgedrückt, dass die Kontroverse und der argumentative Schlagabtausch einer Scheindebatte gewichen sind und dass der öffentliche Diskurs zunehmend von Polarisierung, Anfeindungen und Shitstorms geprägt ist (Sunstein 2018, Talisse 2017, Brodnig 2016).

Ausgehend von diesem ambivalenten Bild möchte ich den Zusammenhang zwischen digitalen Technologien und demokratischer Praxis näher untersuchen. Die neuen Technologien zur Vernetzung und dem Wissensaustausch, die im Fokus dieser Arbeit stehen, haben Auswirkungen auf uns als politische Subjekte: Wir können uns heutzutage dank sozialer Medien und Messengerdienste viel schneller mit anderen Personen vernetzen, politisieren und gemeinsame Aktionen setzen. Die neuen Instrumente zur digitalen Beteiligung an institutionalisierten, demokratischen Prozessen können potenziell für eine Ausweitung des Personenkreises beitragen, der am demokratischen Geschehen teilhat. Wie wird diese wachsende Digitalität unserer Gesellschaft aus einer demokratietheoretischen Perspektive interpretiert und bewertet? Legen neue Technologien der Vernetzung und des Wissensaustausches etwa das Fundament für eine *bessere* Demokratie – eine, in der Entscheidungen über das Gemeinwesen besser legitimiert sind, da mehr Menschen sich an ihnen auf eine informierte Weise beteiligen und ein offenerer gesellschaftspolitischer Diskurs herrscht? Wie werden dann Phänomene wie die oben genannte Polarisierung der Debatte, die vielfach von sozialen Medien befördert wird, erklärt und theoretisch eingeordnet?

Diese Forschungsinteressen werfen uns auf die Frage zurück, von welcher Konzeption von Demokratie wir ausgehen. Die Demokratietheorie kennt unterschiedliche Strömungen und abhängig davon, welche normativen Festlegungen wir machen, müssen die Effekte des technologischen Wandels auf die Demokratie unterschiedlich bewertet werden. Eine Analyse der Auswirkungen von sogenannten Filterblasen auf die Legitimität von demokratischen Institutionen kommt etwa zu unterschiedlichen Schlüssen, abhängig davon, ob wir davon ausgehen, dass Demokratie sich in der Abhaltung von Wahlen erschöpft oder sie sich vielmehr durch den demokratischen Diskurs und die Debatte auszeichnet. In dieser Arbeit möchte ich mich auf zwei Theorien stützen, die die Beteiligung der politischen Subjekte an der Demokratie ins Zentrum stellen: die deliberative und die partizipative Demokratietheorie.

Die deliberative Demokratietheorie, in der Beteiligung über die Teilnahme der Bürger:innen am Diskurs und an öffentlichen Deliberationen verstanden wird, wurde zuletzt von vielen Seiten dafür kritisiert, nicht mit den Entwicklungen des digitalen Wandels Schritt zu halten: Ihr wird unter anderem vorgeworfen, die Auflösung der Öffentlichkeit unter den gegebenen, neuen Strukturen zu verkennen (Papacharissi 2010, Han 2013, Van Dijk und Hacker 2018). Gegen diese Kritik verteidigen manche Autor:innen ihren normativen Gehalt und verweisen auf ihr Potenzial, existierende Problemlagen aufzudecken (Kreide 2016). Während ich diesen Vorwurf nicht von der Hand weise und durchaus ihre Grenzen aufzeigen werde, werde ich aufweisen, dass das Einnehmen einer deliberativen Perspektive es ermöglicht, die Bedeutung mancher der gegenwärtigen Trends im digitalen Raum besser zu verstehen und kritisch zu analysieren. Auch die partizipative Demokratietheorie und ihr Anspruch auf eine tiefere und weiter ausgelegte Demokratie durch mehr Partizipation bietet einen wichtigen Zugang, um den Zuwachs an neuen Beteiligungsformen, die das Internet befördert, kritisch zu evaluieren.

Beide Konzeptionen sollen zunächst dargelegt und kritisch analysiert werden. Ich stütze mich dafür bei der deliberativen Theorie auf die Werke von Jürgen Habermas sowie auf deren (feministische) Kritik durch Iris Marion Young und Nancy Fraser. Die partizipative Theorie soll anhand der Ideen von Benjamin Barber und Carol Pateman näher beleuchtet werden. Darauf aufbauend möchte ich im zweiten und dritten Teil dieser Arbeit diese Theorien auf ausgewählte Aspekte von digitaler Kultur anwenden und evaluieren, wie diese aus demokratietheoretischer Sicht bewertet werden. Im Zuge dieser Evaluierung ziehe ich Methoden und Zugänge aus der Epistemologie, der Phänomenologie und der Soziologie heran. Dabei wird sich zeigen, dass es durch die digitalen Technologien und das Internet zu einer Ausweitung von Vernetzungs-, Austausch- und Beteiligungsmöglichkeiten gekommen ist, die sich positiv auf das politische Handeln ausschlagen können. Da sich zugleich eine Reihe von Entwicklungen abzeichnet, die diese positive Wirkung auf demokratische Prozesse infrage stellt, muss dieser vermeintlich größerer Handlungsspielraum allerdings kritisch hinterfragt werden. Sowohl die deliberative als auch die partizipative Demokratietheorie bieten wichtige Ansätze, um zu erklären, wieso mehr politische Diskussionen und mehr partizipative Formate nicht zwingendermaßen zu mehr Demokratie beitragen.

1. Politische Beteiligung in der Demokratietheorie. Definitionen und Einordnungen

Demokratie wird gemeinhin als politisches System verstanden, das dem Volk eine Stimme gibt. Nicht eine politische Minderheit oder Elite, sondern alle Bürgerinnen und Bürger sollen das Gemeinwesen mitgestalten können.² Das in westlichen Demokratien verfassungsrechtlich verankerte Recht, sich an regelmäßig stattfindenden, freien und gleichen Wahlen zu beteiligen, formt eine allgemein anerkannte, grundlegende Bedingung für demokratische Willensbildung. Aus normativer Sicht stellt sich allerdings die Frage, ob mit der Sicherstellung von rechtmäßigen, allgemeinen Wahlen das Telos von Demokratie schon erfüllt ist: Wird das Prinzip der Volkssouveränität bloß dadurch legitimiert, dass die wahlfähige Bevölkerung regelmäßig ihre Stimme an den Wahlurnen abgibt? Demokratieforscher:innen aus der deliberativen und der partizipatorischen Schule verneinen diese Fragen. Sie gehen davon aus, dass politische Beteiligung und Mitbestimmung nicht an punktuellen Akten gemessen werden kann, sondern dass es institutionelle Rahmenbedingungen braucht, die den wohlinformierten Austausch aller Bürgerinnen und Bürger fördern und ihnen die Mittel geben, sich am demokratischen Prozess zu beteiligen. Im folgenden Kapitel möchte ich Vertreter:innen beider Schulen zu Wort kommen lassen und untersuchen, wie politische Beteiligung in diesen beiden Demokratietheorien konzeptualisiert wird.

1.1. Deliberation und öffentlicher Diskurs. Die Konzeption der deliberativen Demokratietheorie

Für deliberative Demokratietheoretiker:innen ist der informierte Meinungsaustausch und die rationale Deliberation essenziell, denn sie garantieren die wohlüberlegte Beteiligung aller am Gemeinwesen. Gegenüber einem aggregativen Demokratiemodell, das Beteiligung auf die regelmäßige Stimmabgabe an den Urnen reduziert und demokratische Politik als einen Wettbewerb zwischen gegensätzlichen privaten Interessen und Präferenzen ansieht, wird hier der offene Diskurs und der Austausch von Meinungen und Argumenten ins Zentrum des politischen Geschehens gerückt.³

² „Demokratie“ stammt vom altgriechischen „δημοκρατία“: *demos*, das Volk und *krátos*, die Macht/Herrschaft

³ Siehe Iris Marion Youngs’ Gegenüberstellung der *Two Models of Democracy* in „Inclusion and Democracy“, Young 2002, 19 ff.

Die Frage, wie deliberative Demokratie erreicht werden kann, sieht einer ihrer Vertreter:innen, James S. Fishkin, verknüpft mit dem Problem, wie zwei fundamentale Werte realisiert werden können: politische Gleichheit und Deliberation (Fishkin 2009, 1). Das bedeutet zum einen, dass alle Bürger:innen die gleichen Rechte und Zugangschancen zum demokratischen Prozess haben sollen. Zum anderen soll Demokratie durch einen prozedural geregelten Meinungs- und Willensbildungsprozess gesteuert werden. Zusammengefasst bedarf es laut Fishkin daher eines institutionellen Designs, das Inklusion und Wohlüberlegtheit fördert (Fishkin 2009, 8).

Wie kann man sich ein solches institutionelles Design vorstellen und welche sind die konstitutiven Bedingungen einer auf Inklusion und Deliberation beruhenden Demokratie? Weshalb wird der Deliberation eine legitimierende Funktion für die Demokratie zugeschrieben? Nachdem ich auf diese Fragen mit Blick auf Habermas eingehen werde, analysiere ich in einem zweiten Schritt die Gründe, weshalb deliberative Demokratiemodelle dafür kritisiert worden sind, an Legitimität und an Effizienz zu mangeln. In Hinblick auf die These, dass Öffentlichkeit in den vergangenen Jahrzehnten einen grundlegenden Wandel erfahren hat, und dass Deliberation deshalb heutzutage unter veränderten Umständen stattfindet, ist es fundamental, auf diese Kritikmuster einzugehen. Sowohl die sogenannte Legitimitäts- als auch die Effizienzkritik, so wie sie in den 1990er Jahren formuliert worden sind, nehmen grundlegende Zweifel vorweg, die sich durch den neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit verfestigt haben.

a. Habermas' Theorie der deliberativen Politik

Jürgen Habermas' Arbeiten zu den normativen Voraussetzungen der deliberativen Demokratie und deren institutionelle Rahmenbedingungen sind für die deliberative Demokratietheorie wegweisend. Habermas entwickelt seinen Begriff der deliberativen Demokratie in Abgrenzung zu zwei weiteren Modellen der Demokratie – dem liberalen und dem republikanischen Modell. Zum einen unterscheidet sich die deliberative Demokratie ihm zufolge von einer liberalen Auffassung, wonach der demokratische Prozess sich in Form von Interessenskompromissen vollziehe und letztendlich dem Schutz der Rechte der Bürger:innen diene.⁴ Zum anderen setze sie sich von einer republikanischen Auffassung ab, die umfassende politische Teilnahmerechte

⁴ Dies entspricht einem *negativen Freiheitsbegriff*, oder Benjamins Constants „Freiheit der Modernen“, sowie bei Isaiah Berlin (1995) entworfen. Vgl. Brunkhorst 2016, 117.

der Bürger:innen vorsieht, aber auf der Annahme von einem „kulturell eingespielten Hintergrundkonsens der Bürger“ beruht (Habermas 1992, 359).⁵

Die von der Diskurstheorie geprägte deliberative Demokratie nach Habermas versteht sich demgegenüber weder als politisches System, in dem statische Interessen von Bevölkerungsgruppen verhandelt werden, noch als Ausdruck eines einheitlichen Gemeinwillens wie der *volonté générale*. Sie legt vielmehr ein pluralistisches Gesellschaftsbild zugrunde, in dem Bürger:innen aus unterschiedlichen kulturellen, sozialen und religiösen Gruppen zusammenkommen und mitunter entgegengesetzte Ansichten über Fragen des Gemeinwesens vertreten. Zugleich sieht sie diese Zusammenkunft nicht als reines Aufeinanderprallen von Meinungen und Standpunkten, dessen einziger politischer Ausweg in einem mehrheitsfähigen Kompromiss bestünde. Nach der deliberativen Demokratietheorie entsteht durch den wohlinformierten, argumentativen Austausch von Meinungen ein Diskurs, der wiederum seine Beteiligten dazu veranlasst, manche ihrer Standpunkte zu hinterfragen und anzupassen. Entgegen anderen Demokratiemodellen in der politischen Theorie, deren Fokus primär auf die prozeduralen Bedingungen von Entscheidungen und Beschlussfassungen gelegt wird, liegt der Fokus hier viel stärker auf den Voraussetzungen für eine gelungene Meinungsbildung. Deliberation soll dazu beitragen, dass die Personen innerhalb einer Gesellschaft informierte politische Urteile fällen und den gesellschaftlichen Diskurs lenken, was wiederum politische Entscheidungen besser legitimiert. Um das zu erzielen, müssen bestimmte Verfahren und Kommunikationsbedingungen eingehalten werden, welche der politischen Meinungs- und Willensbildung ihre legitimierende Kraft verleihen (Habermas 1999, 285).

Somit können wir beobachten, dass die Theorie der deliberativen Demokratie nach Habermas Elemente sowohl von der liberalen als auch von republikanischen Demokratietheorie aufnimmt – Rechtsschutz auf der einen, politische Teilnahme und Selbstbestimmung auf der anderen Seite – und sie „im Begriff einer idealen Prozedur für Beratungen und Beschlussfassungen [integriert]“ (ebd., 359).

Im Zentrum dieser Theorie steht der Deliberationsprozess, der eine argumentative Diskussion und Beratschlagung über öffentliche Angelegenheiten voraussetzt. Laut Habermas ist Deliberation eine anspruchsvolle Form der Kommunikation, die aber aus den unauffälligen täglichen Routinen des Fragens und Begründens erwächst (Habermas 2006, 413). Im

⁵ Dies wiederum entspricht der Konzeption der „Freiheit der Alten“, oder auch *positive Freiheit* (vgl. Berlin 1995).

Unterschied zu einfachen Diskussionen über Angelegenheiten des täglichen Lebens findet die Deliberation in einem öffentlichen Kontext statt: Personen deliberieren an öffentlichen Orten über Themen, die die Allgemeinheit betreffen und eine politische Regelung erfordern. Das reicht von formellen parlamentarischen Sitzungen, in denen Nationalratsabgeordnete über Gesetze abstimmen, als auch informellere Versammlungen von Bürger:innen, in denen lokalpolitische Fragen behandelt werden. Das Gedeihen von deliberativer Demokratie ist für Habermas abhängig von der „Institutionalisierung entsprechender Verfahren und Kommunikationsvoraussetzungen“ (ebd.), was bedeutet, dass der diskursive Austausch durch prozedural geregelte Formate eingerahmt werden soll. Die daran geknüpften Kommunikationsvoraussetzungen sollen dafür Sorge tragen, dass der Meinungsbildungsprozess möglichst offen, gerecht und frei von Diskriminierungen abläuft.

Als wesentliches Element der demokratischen Prozesses werden der Deliberation drei Funktionen zugesprochen, so Habermas: zum einen soll sie ermöglichen, dass relevante Themen an die Öffentlichkeit gelangen und dass dazu benötigte Informationen und mögliche Interpretationen mobilisiert und gebündelt werden; zweitens soll sie die diskursive Verarbeitung solcher Beiträge mittels geeigneter Argumente dafür und dagegen unterstützen, und drittens wird von ihr erwartet, rational motivierte Ja- und Nein-Einstellungen zu generieren, die zum Gegenstand von prozedural geregelten Entscheidungen werden können (Habermas 2006, 416). Deliberation trägt dazu bei, informierte politische Urteile zu fällen. Empirische Studien sollen die kognitiven Verbesserungen für die Beteiligten belegen (Habermas 2006, 414). Darüber hinaus beansprucht sie Habermas zufolge höherrangige Legitimität als alternative Willensbildungsprozeduren, da sie seinem diskursethischen Grundsatz entspricht, wonach nur diejenigen Handlungsnormen gültig sind, „denen alle möglicherweise Betroffenen als Teilnehmer an rationalen Diskursen zustimmen können“ (Habermas 1992, 138).

Der deliberative Prozess muss jedoch, wenn er demokratische Legitimität beanspruchen will, bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Zunächst müssen die Beratungen in einer argumentativen Form stattfinden, das heißt, dass sie sich durch den geregelten Austausch von Informationen und Begründungen zwischen Parteien qualifizieren. Zweitens müssen sie inklusiv und öffentlich sein, was bedeutet, dass niemand davon ausgeschlossen werden darf. Bei der Beratung ist darauf zu achten, dass keine internen oder externe Zwänge vorhanden sind: Jede:r soll zu Wort kommen und gehört werden können; es gibt keine vorangegangenen Absprachen

oder Forderungen, die die Teilnehmer:innen bei der Abwägung von Argumenten einschränken. Hinsichtlich des politischen Charakters des Verfahrens sind weitere Bedingungen der Beratungen, dass sie einerseits grundsätzlich unbegrenzt fortgesetzt werden können, oder, falls sie unterbrochen worden sind, dass sie jederzeit wieder aufgenommen werden können. Andererseits müssen sich die Beratungen auf alle Materien erstrecken, die im Interesse aller regelungsbedürftig sind, sowie auch auf Gegenstände, die vermeintlich privater Natur sind. Die Interpretation von Bedürfnissen sowie die Diskussion von vorpolitischen Einstellungen und Präferenzen sollen auch Gegenstand der Beratungen sein können (Habermas 1992, 370-371). Schmidt nennt zudem unter Bezugnahme auf Habermas zwei weitere Bedingungen: Zum einen sind das „den Diskurs untermauernde Weichenstellungen, die die Grundrechte verfassungspolitisch sichern“ und zum anderen ein „qualifiziertes Zusammenwirken von Deliberation und politischem Entscheidungsprozess, und zwar jeweils unter Beteiligung möglichst vieler“ (Schmidt 2019, 234).

Aus dieser Liste lassen sich mehrere grundlegende Aspekte der Deliberation ablesen: ihre rationale Dimension, die Abwesenheit von Zwang und somit von Manipulation, aber auch der Stellenwert der Inklusion und politischen Gleichheit. Diese thematische Zusammenlegung wird auch von Nicole Deitelhoff (2018) bestätigt, wonach der deliberative Prozess seine Legimitation erhält, indem zwei prozedurale Bedingungen erfüllt sind: Rationalität und Beteiligung (Deitelhoff, 529). „Rationality is achieved because of the epistemic nature of exchanging arguments, which promotes reflection and, in so doing, creates and assures processes of learning“ (ebd.) Das bedeutet, dass der deliberative Prozess seine Funktion nur erfüllt, wenn er Ergebnisse auf Basis des argumentativen Austauschs erzielt, was allerdings die Abwesenheit von äußerer Einflussnahme voraussetzt: Allein die Kraft des besseren Arguments soll ausschlaggebend sein. Zugleich erfordert dieser Prozess die Beteiligung aller potenziell betroffenen Parteien, die einen gleichen Zugang zu den Beratungen erhalten und gleichermaßen Gehör bekommen müssen.

Deliberative Demokratie wird bei Habermas aber nicht auf institutionell organisierte Deliberationsforen reduziert, sondern nährt sich auch aus dem „Zusammenspiel der institutionalisierten Beratungen mit informell gebildeten öffentlichen Meinungen“ (Habermas 1992, 361-362). Ihr Austragungsort ist die Öffentlichkeit, ein für die Theorie zentrales Konzept, das „sich am ehesten als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von *Meinungen*, beschreiben“ lässt (ebd., 436). Die politische Öffentlichkeit wird als „Resonanzboden für Probleme beschrieben, die vom politischen System

bearbeitet werden müssen, weil sie andernorts nicht gelöst werden können“ (ebd., 435). Sie umfasst ein Zentrum, nämlich die politischen Institutionen – Regierung und Parlament, Gerichte, Behörden – und eine mehr oder weniger weit davon entfernte Peripherie, also in Netzwerken zusammengeschlossene Akteure aus den Medien, aus wirtschaftlichen und gemeinnützigen Organisationen sowie der Zivilgesellschaft. Diese nehmen durch die Veröffentlichung von gesellschaftspolitischen Kommentaren und Meinungen, beispielsweise in Zeitungsartikeln, Podiumsdiskussionen oder künstlerischen Beiträgen laufend an der öffentlichen Meinungsbildung teil. Die Legitimität von deliberativer Politik wird demnach auch am Grad der Rückbindung des politischen Systems an die Netzwerke der politischen Öffentlichkeit gemessen (ebd.). In anderen Worten, je höher die Fähigkeit der Zivilgesellschaft, der Medien usw. ist, Einfluss auf die politische Agenda zu nehmen, desto stärker ist die institutionalisierte Politik an die Öffentlichkeit gekoppelt und somit die Demokratie auf eine deliberative Weise verfasst.

b. Kritische Analyse der Theorie von Habermas

Im Folgenden rekonstruiere ich die Argumente, die die Schwachstellen der deliberativen Demokratietheorie sichtbar werden lassen, um diese anschließend in den Kontext der heutigen, digitalen Öffentlichkeit setzen zu können. Dabei zeigt sich, dass insbesondere die beiden normativen Anforderungen der Inklusion und der Rationalität hinterfragt werden.

Deitelhoff zufolge wird an der Theorie von Habermas insbesondere bemängelt, dass der Wert der politischen Inklusion angesichts der starken *epistemischen* Anforderungen an die Deliberation vernachlässigt worden sei (Deitelhoff 2018, 532). Die Theorie müsse stärker beweisen können, dass die Argumente und Perspektiven aller Betroffenen tatsächlich berücksichtigt werden. Dieses Bedenken lässt sich unter jenem Kritikstrang zusammenfassen, den Nancy Fraser (2007) als *Legitimationskritik* identifiziert und der sich im Anschluss an die Veröffentlichung und Übersetzung ins Englische von „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (1962, 1989) neben einem zweiten Strang herausgebildet hat – der *Effizienzkritik*.

Laut der Legitimationskritik wird in dem Werk die Existenz von systemischen Hürden ausgeklammert, welche manche Personen, die zwar offiziell Teil der Öffentlichkeit sind, der Möglichkeit berauben, auf gleicher Augenhöhe mit anderen am öffentlichen Diskurs teilzunehmen (Fraser 2007, 11). Existierende Klassenunterschiede sowie Geschlechter- und Hautfarbendiskriminierungen ziehen demnach die Annahme in Zweifel, dass tatsächlich alle

formal Berechtigten den gleichen Zugang zum öffentlichen Diskurs erhalten. Auf diese Weise wird die Legitimation dessen, was als öffentlicher Diskurs zählt und was nicht, infrage gestellt.⁶ Daneben richtet sich die Effizienzkritik gegen eine andere Ebene, nämlich der Übersetzung von kommunikativer Macht in politische Macht. Kritiker:innen dieses Strangs bezweifeln die Effizienz des öffentlichen Diskurses in (kapitalistischen) politischen Systemen, in denen eine Reihe von Faktoren den Fluss der kommunikativen Macht von der Zivilgesellschaft hin zum Staat behindern – so etwa private wirtschaftliche Interessen (Fraser 2007, 12).

Bezüglich der oben genannten starken epistemischen Anforderungen an die Deliberation sind ebenfalls Zweifel anzubringen. Eine besonders interessante Kritik an den diskursiven Rahmenbedingungen der deliberativen Demokratie findet sich bei Iris Marion Youngs' *Inclusion and Democracy* (2002). Young beobachtet, dass Deliberation, um ihren Anforderungen der Wohlüberlegtheit und Rationalität zu entsprechen, sich auf gemeinsame Prämissen und diskursive Rahmenbedingungen unter den Teilnehmer:innen stützt: „deliberation cannot proceed unless there are some premisses that all discussants accept, and a generally accepted conceptual and normative framework for framing the issues.“ (ebd., S. 37). Formale Regeln der Argumentation, sowie etwa Gültigkeit der Prämissen und Schlüssigkeit der Folgerungen, und ein gemeinsamer Begriffshorizont spielen demnach eine große Rolle für das diskursive Setting. Jedoch stellt sie fest, dass sich nicht alle Anliegen in jener formalen Kommunikationsform fassen lassen.

Ein Beispiel dafür, inwiefern der Mangel eines gemeinsamen Begriffshorizonts politischen Subjekten die Möglichkeit nimmt, Zugang zum diskursiven Arenen zu bekommen, findet sich in der Geschichte der Frauenbewegungen in den 1970er Jahren. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz war eine über lange Zeit hinweg gebilligte Praxis, wogegen Arbeitnehmer:innen sich nur schwer wehren konnten. In den Memoiren der U.S. Women's Liberation Movement, die Miranda Fricker (2006) zitiert, geht etwa der Fall von Carmita Wood hervor, einer Frau, die in Folge der sexuellen Belästigung durch ihren Arbeitgeber ihren Job kündigte und nicht in der Lage war, ihre Kündigung am Arbeitslosenamt plausibel zu begründen und somit die Ansprüche auf Arbeitslosengeld verlor. Erst durch den Zusammenschluss mit anderen Frauen,

⁶ Siehe auch Seyla Benhabibs' Kritik am Habermaschen Modell der Öffentlichkeit (1992), insbesondere seiner impliziten Gleichsetzung von Angelegenheiten des öffentlichen Lebens und Gerechtigkeit mit denen der privaten Sphäre und des „guten Lebens“. Indem die Theorie auf eine rein prozedurale Weise regle, wie Meinungen gebildet werden, ohne sachlich zu unterscheiden, was überhaupt Gegenstand von Diskussion werden könne, klammere sie nicht hinterfragte Normen aus und trage tendenziell dazu bei, Frauen in private Sphären der Gesellschaft einzuschränken, so wie den Haushalt, die Pflege oder die Kinderzeugung (89 ff.)

die ähnliche Erfahrungen am Arbeitsplatz gemacht hatten, und durch die gemeinsame Benennung ihrer Erfahrung – *sexual harassment* – gelang es, erste politische Schritte gegen diese Praxis zu setzen. Fricker analysiert, dass der Mangel an kollektiven hermeneutischen Ressourcen betroffenen Frauen die Möglichkeit nahm, ihren Erfahrungen einen Ausdruck zu geben und dagegen vorzugehen – eine Situation, die sie als *hermeneutische Ungerechtigkeit* bezeichnet. Aus diesem Kontext heraus lässt sich ableiten, weshalb ein gemeinsamer Begriffshorizont in vielen Fällen die Voraussetzung für das Stellen von politischen Forderungen ist.

Insofern besteht im diskursiven Rahmen der Deliberation eine akute Gefahr, bestimmte Anliegen, die sich nicht in jener formalen Kommunikationsform fassen lassen, zu übergehen und auszuschließen. Young fordert demgegenüber: „Inclusive democratic communication, however, should be alert to the possibility that a public that appears to have shared understandings might exclude some needs which do not find expression within those shared understandings” (ebd.). Damit zusammenhängend gebe es Erwartungshaltungen bezüglich “norms of articulateness and dispassionateness”, welche dazu beitragen, die öffentlichen Forderungen von manchen Diskursteilnehmer:innen abzuwerten oder zu verwerfen (ebd., 38). Konkret bemerkt sie, dass deliberative Normen oft Ausdrucksformen valorisieren, die denjenigen von höhergebildeten Personen entsprechen: ein Sprachgebrauch, der der Schriftform ähnelt, bei der die Sätze in einer logischen Reihenfolge aufeinanderfolgen, sowie eine selbstsichere und deutliche anstatt einer zögerlichen oder fragenden Ausdruckweise. Nicht alle Personen weisen diese Fähigkeiten auf, was dazu führe, dass einige davor zurückscheuen, in der Öffentlichkeit zu sprechen. Dies führe zu Ausschlussmechanismen an Orten des Diskurses. Darüber hinaus ortet Young bei manchen Interpretationen von Deliberationsnormen eine Bevorzugung von gemäßigten („dispassionate“) Ausdrucksformen gegenüber emotions- und leidenschaftsvollen Redeformen. Dies liege an der falschen Gleichung zwischen Objektivität und der Abwesenheit von emotionalen Ausdruck, so Young. Damit würde eine problematische Dichotomie von vernunftgeleiteter und leidenschaftlicher Rede gezogen, die oft mit anderen sozialen Privilegierungsformen korreliere: Insbesondere die Redekultur von Frauen, von ethnischen Minderheiten und Arbeiter:innen sei geprägt oder wahrgenommen als emotionsgeladen, körperbetonter und mit figurativen Sprachformen besetzt.⁷

⁷ Siehe auch Lynn Sanders‘ Kritik (1997) an der deliberativen Demokratietheorie und insbesondere ihre vermeintliche Blindheit gegenüber sozialen Faktoren. Sie argumentiert, dass sich durch die Ausklammerung der

Durch die Betonung auf Rationalität scheint dem Modell insofern der Blick auf Leidenschaften und Affekte zu fehlen, dessen Rolle in der Politik auf eminente Weise von Chantal Mouffe herausgearbeitet worden sind (Mouffe 2005). Ihr zufolge sind *passions*, also Leidenschaften, der Ursprung für kollektive Identifizierungsformen, welche wiederum die Voraussetzung für politisches Handeln sind (ebd., 24, 25). Gormley (2020) argumentiert hingegen, dass die Öffentlichkeit für Habermas sehr wohl Raum für nicht-rationale Formen der Auseinandersetzung bietet – und zwar in der von formellen Beratungen entkoppelten öffentlichen Meinungsbildung, die sich in einem „offenen und inklusiven Netzwerk von sich überlappenden subkulturellen Öffentlichkeiten mit fließenden zeitlichen, sozialen und sachlichen Grenzen“ vollzieht (Habermas 1992, 373). Dies sei ein „wilder Komplex“, in dem es Raum gebe für „the passionate dramatisation of problems and needs, such that they ‘force their way’ into the informal public sphere“ (Gormley 2020, 27).

c. Ein neues Modell der Öffentlichkeit?

Schließlich kritisiert Nancy Fraser (2007) am Habermasch'en Modell, dass es sich aller Revisionen zum Trotz stets an einen nationalstaatlichen Rahmen gehalten habe, was sich angesichts der heutigen politischen Lage so nicht mehr vertreten ließe: Die sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen des 20. und 21. Jahrhunderts haben vielmehr deutlich gemacht, dass die öffentliche Meinungsbildung kaum mehr vor nationalstaatlichen Grenzen Halt mache (Fraser 2007, 14).⁸

Das wirft für die deliberative Theorie zweierlei Probleme auf: wenn das Subjekt des öffentlichen Diskurses nicht mehr allein durch nationalstaatliche Zugehörigkeit definiert wird,

spezifischen Positionen der Diskursteilnehmer:innen Ausschluss- und Unterdrückungsmechanismen aus dem alltäglichen Leben auch im diskursiven Setting replizieren würden.

⁸ Fraser legt ihrer Theorie die Annahme eines *neuen* Strukturwandels der Öffentlichkeit zugrunde, der sich in den letzten Jahrzehnten in den entwickelten Staaten des Westens vollzogen habe, und der die Revision des Öffentlichkeitsbegriffs notwendig mache (Fraser 2007, 14.). Wir können in der Tat beobachten, dass sich dieser Strukturwandel vor dem Hintergrund der Wandlung der Ära der Massengesellschaft, die die Zeit der Entstehung von Habermas' Theorie prägt, in eine „Informationsgesellschaft“ oder „Netzwerkgesellschaft“ operiert (siehe Van Dijk u. Hacker 2018, 24, 87). Van Dijk und Hacker verwenden das Konzept der „Netzwerkgesellschaft“ als formale Charakterisierung, um die Organisation von kontemporären Gesellschaften zu beschreiben: laut ihrer Definition stützen sich Netzwerkgesellschaften auf *Kommunikationsnetzwerke* als primäres Instrument der sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisation – gegenüber der Massengesellschaft, in der die primären Infrastrukturen der Gesellschaft in Gruppen, Organisation und Gemeinschaften gefasst sind (ebd., 23-24). Demnach lässt sich beobachten, dass der von Fraser diagnostizierte neue Strukturwandel der Öffentlichkeit sich nicht nur durch realpolitische Machtverschiebungen in Gang setzte, sondern ebenso aufgrund eines Wandels des gesamtgesellschaftlichen Gefüges, wodurch unsere Kommunikationsbedingungen selbst neue Formen angenommen haben.

und potenziell jede:r die diskursiven Arenen der öffentlichen Meinungsbildung betreten kann, dann verschieben sich die Bedingungen für den öffentlichen Diskurs. Denn wenn anstatt einer definierten Gruppe von Menschen mit gleichen politischen Rechten eine Vielzahl an Sprecher:innen, die zerstreut sind und keine gemeinsame rechtliche Basis haben, zusammenkommen, dann scheinen die Anforderungen der Inklusion und politischen Gleichheit aufgehoben zu werden. Damit stellt sich wiederholt die Frage nach der Legitimität des öffentlichen Diskurses (ebd., 8). Daneben erscheint es Fraser schwierig, sich vorzustellen, wie dieser öffentliche Diskurs in politische Macht übersetzt werden soll, wenn sein Adressat selbst diffus geworden ist: “the addressee of communication, once theorized as a sovereign territorial state, which should be made answerable to public opinion, is now an amorphous mix of public and private transnational powers that is neither easily identifiable nor rendered accountable” (ebd., 19). In diesem Kontext wird somit auch die Effizienz des öffentlichen Diskurses für die demokratische Meinungs- und Willensbildung angezweifelt.

Fraser entwickelt in Antwort auf diese Verschiebungen das Konzept einer „transnationalen Öffentlichkeit“, das darauf abzielt, die Entwicklungen des 21. Jahrhunderts zu berücksichtigen und die kritische Funktion der deliberativen Demokratietheorie zu stärken. Als ihre zentralen Merkmale sieht sie folgende: die transnationale Öffentlichkeit präsentiert sich als eine Öffentlichkeit, in der es zu geteilten Souveränitätsformen über Angelegenheiten des öffentlichen Lebens kommt und in der wir mit der Prämisse der globalen, vernetzten Wirtschaft arbeiten müssen. Der Zugang zu dieser Öffentlichkeit zeichnet sich nicht mehr durch nationale Zugehörigkeit aus – sie wird vielmehr zu einem Ort des Zusammenkommens von Subjekten aus verschiedenen nationalen Kontexten – “a collection of dispersed interlocutors, who do not constitute a *demos*” – wodurch auch die Kategorie des Staatsbürgers/der Staatsbürgerin hinfällig wird. Die Medien dieser transnationalen Öffentlichkeit umfassen “a vast translinguistic nexus of disjoint and overlapping visual cultures”, also ein weitläufiges Netz an teilweise zusammenhanglosen, teilweise sich überlappenden visuellen Kulturformen. Schließlich ist der Ort der Öffentlichkeit nun nicht mehr das nationalstaatliche Gebiet, sondern “deterritorialized cyberspace”, also der dezentrale digitale Raum (ebd., 19). Fraser legt somit den Grundstein für eine kritische Neuevaluierung der Öffentlichkeit angesichts der veränderten Bedingungen, unter denen öffentlicher Diskurs stattfindet. Ihr Begriff der transnationalen Öffentlichkeit ist essenziell, um im Rahmen dieser Arbeit besser zu verstehen, wie der öffentliche Diskurs heutzutage entsteht, sich verbreitet und Akteure beeinflusst. Das wird

insbesondere im zweiten Kapitel von Bedeutung sein, wenn ich untersuche, welchen Einfluss digitale Technologien auf den öffentlichen Diskurs ausüben.

d. Fazit

Für Vertreter:innen der deliberativen Demokratietheorie ist der wohlinformierte Austausch und das rationale Argumentieren über Angelegenheiten des öffentlichen Lebens zentral. Ob in institutionalisierten Foren oder in den mehr oder weniger peripheren Netzwerken der Öffentlichkeit – Demokratie kann für sie nur dann wirklich erreicht werden, wenn die Bürger:innen sich am Gemeinwesen beteiligen, indem sie miteinander deliberieren und den Diskurs mitgestalten. Der Reiz der deliberativen Demokratietheorie gegenüber anderen demokratischen Ansätzen erwächst daraus, dass sie den Fokus auf die Gründe und Motive der Menschen legt, und nicht bloß auf deren Präferenzen oder vorübergehenden Interessen (Talisie 2017, 108). Das setzt eine überlegte Auseinandersetzung mit Themen des Gemeinwesens voraus, und soll politische Entscheidungen garantieren, die sich genuin am Allgemeinwohl orientieren. Allerdings steht die Theorie in der Kritik, nicht genügend zu berücksichtigen, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen dieselben Voraussetzungen haben, um am Diskurs teilzunehmen (Young 2000, Deitelhoff 2018). Darüber hinaus wird die praktische Übersetzung von diskursiver Macht in politische Macht und damit deren Nutzen angezweifelt (s. Fraser 2007). Schließlich – und in enger Verknüpfung mit diesen beiden Kritiksträngen – muss sie sich der Tatsache stellen, dass öffentlicher Diskurs heutzutage auf eine delokalisierte und heterogenere Weise stattfindet, so dass ihre Prämissen ins Wanken geraten. Das Modell der transnationalen Öffentlichkeit bietet demgegenüber ein konzeptuelles Werkzeug, um den öffentlichen Diskurs aus heutiger Perspektive besser zu begreifen, was insbesondere im zweiten Kapitel relevant sein wird.

Nachdem ich grundlegende Merkmale der deliberativen Demokratietheorie bei Habermas dargelegt habe und sie in einen kritischen Kontext gesetzt habe, befasse ich mich im folgenden Unterkapitel mit einem zweiten Ansatz, der die Beteiligung der Menschen an der Demokratie umfassender konzeptualisiert: die partizipative Demokratietheorie.

1.2. Partizipative Demokratie

Ähnlich wie bei der deliberativen Demokratietheorie steht bei der partizipativen Demokratietheorie die Beteiligung der Menschen im Zentrum der Demokratie. Ihre Definition,

Modalitäten und Legitimationsgrundlage unterscheiden aber beide Theorien voneinander, wie wir im folgenden Abschnitt analysieren werden.

Anders als bei der deliberativen Demokratie wird politische Beteiligung am Gemeinwesen hier nicht über den Begriff der Deliberation verstanden. Aus den Studierendenbewegungen der 1960er Jahre erwachsen, ist partizipative Demokratietheorie vielmehr ein Modell, das umfassende politische Partizipation möglichst vieler in möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen fordert (Polletta 2014). Indem ich die grundlegenden Prämissen der Theorie, nämlich die Extensivierung und Intensivierung der Demokratie vorstelle, werde ich ihre Forderung nach einer „Demokratisierung der Demokratie“ verständlich machen und zugleich erklären, wieso Partizipationstheoretiker:innen dem Begriff der Deliberation kritisch gegenüber stehen. Anschließend werde ich anhand von Barber (1984) aufzeigen, welche konkrete Teilhabemöglichkeiten es für Bürger:innen in der partizipativen Demokratie gibt.

a. Ausweitung und Vertiefung von Demokratie

Partizipatorische Demokratie fußt auf der Idee, dass Demokratie extensiviert und intensiviert werden müsse (Schmidt 2019, 230 ff.). Dies verweist nicht etwa auf die Demokratisierung von nicht-demokratisch verfassten Staaten, sondern auf die Ausweitung und Vertiefung der Demokratie in demokratisch geregelten Staaten: Zum einen ist damit die Durchdringung von möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen mit Demokratie gemeint, das heißt ihre Ausweitung auf Sphären, die üblicherweise nicht demokratiepolitisch geregelt sind. Dieser Prozess wird als Mittel angesehen, um politische Beteiligung in zivilgesellschaftlicher und privater Umgebung zu schulen, aber auch als Zweck an sich der partizipatorischen Demokratie. Zum anderen steht die Qualität der Beteiligung im Fokus – Ziel sind nicht einfache Mehrheitsregelungen, sondern eine bessere Form des Regierens durch „mehr und qualitativ hochwertigere Beteiligung in Wort und Tat“ (Schmidt 2019, 231).

Die Extensivierung der Demokratie soll in unterschiedlichsten Sphären der Gesellschaft stattfinden. Carol Pateman fordert etwa, dass die Wirtschaft- und Arbeitswelt demokratisiert werden müsse (Pateman 1970); andere Autor:innen beschäftigen sich mit der Demokratisierung des Bildungswesens und der Familie (etwa Holland-Cunz 1998). Demokratisierung muss dabei im partizipatorischen Sinn verstanden werden, also mit Betonung auf die gleichberechtigte Beteiligung aller Personen: „...in the participatory theory ‘participation’ refers to (equal) participation in the making of decisions, and ‘political equality’

refers to equality of power in determining the outcome of decisions” (Pateman 1970, 43). Beteiligung bedeutet hier also nicht bloß den (formalen) Zugang zum Meinungsbildungsprozess, sondern muss in einem stärkeren Sinn aufgefasst werden: als Beteiligung an einer Entscheidung.

Das setzt zunächst die Fähigkeit zur Beteiligung der jeweiligen Personengruppe voraus – politische Bürger:innen, Arbeitnehmer:innen, Familienmitglieder –, und lenkt den Blick auf das optimistische Menschenbild, das der partizipatorischen Demokratietheorie zugrunde liegt: „Es unterstellt, dass der durchschnittliche Bürger [sic] zu mehr und besserer Beteiligung befähigt ist oder hierfür durch entsprechende Ordnung des Willensbildungsprozesses befähigt werden kann“ (Schmidt 2017, 232). Fähigkeit zur Beteiligung heißt demnach nicht, dass diese Fähigkeit bei allen Menschen bereits entwickelt ist – im Gegenteil, in Ermangelung von Betätigungsfeldern, in dem diese geschult wird, ist es unwahrscheinlich, dass der:die durchschnittliche Bürger:in in der Lage ist, sich substanziell an der Findung einer politischen Entscheidung zu beteiligen. Aus diesem Grund wird die Extensivierung der Demokratie als eine Strategie angesehen, um die Fähigkeiten des Menschen zur Beteiligung zu schulen. Indem er an Orten ihres Alltags erlernt, Lösungen auf gemeinsame Probleme zu finden und Entscheidungen kooperativ zu treffen, wird er zur politischen Beteiligung befähigt. Damit wird die erzieherische Funktion der partizipatorischen Demokratie bei Pateman (1970) sehr deutlich: “The major function of participation in the theory of participatory democracy is therefore an educative one, educative in the very widest sense, including both the psychological aspect and the gaining of practice in democratic skills and procedures” (ebd., 43).

Beteiligung dient Pateman zufolge damit in erster Linie nicht, Entscheidungen durch ihren Input zu legitimieren, sondern sie dient zuvorderst der Entwicklung der sozialen und politischen Fähigkeiten der Beteiligten.

Durch den Ausweitungsprozess von Demokratie wird zugleich eine bessere Qualität der Beteiligung bewirkt – mehr Menschen werden dazu befähigt, sich auf wertvolle Weise am demokratischen Prozess zu beteiligen. Das ermöglicht eine Vertiefung von Demokratie. Wenn wir den Blick auf westliche, liberale Demokratien richten, so gibt es zwar eine Vielzahl an verfassungsrechtlich verankerten Formen der Bürgerbeteiligung, so wie etwa der Schutz von freier Meinungsäußerung und Versammlung, das allgemeine passive und aktive Wahlrecht, politische Parteienfreiheit, Volksinitiativen und -referenda, die Einbindung von betroffenen Parteien bei Beratungen und öffentlichen Anhörungen sowie der freie Zugang zu

öffentlichkeitsrelevanten Informationen.⁹ Doch diese stellen aus Sicht der partizipativen Theorie kein ausreichendes Maß an Demokratie dar.

In der Einschätzung von Schmidt (2017) reicht die Forderung nach mehr politischer Beteiligung von „konventioneller politischer Beteiligung“, wie Wahlbeteiligung oder Petitionen“ bis zu „unkonventioneller Partizipation“, wie Demonstrationen, Streiks oder Sit-ins“, sowie „die Mobilisierung großer Gruppen (wie im Falle erweiterter Direktdemokratie) ebenso wie die Mitwirkung spezieller Zielgruppen, beispielsweise bei der auf größere Akzeptanz und verbesserte Politiksteuerung zielenden Einbindung von Betroffenen in Planung, Gesetzesvorbereitung und Gesetzesvollzug“ (Schmidt 2017, 227-228).

Die Vertiefung der Demokratie operiert nach diesem Bild somit zum einen im Rahmen von bestehenden Institutionen, wo sie zu qualitativ gehaltvolleren Beteiligungsformen führt – etwa durch höhere Wahlbeteiligung, einem verstärkten öffentlichen Interesse, das sich in einer regen Beteiligung an Petitionen und Volksbegehren übersetzt, usw. Zum anderen sind die Überlegungen zu weniger etablierten Beteiligungsmustern ein wesentlicher Aspekt der partizipatorischen Demokratietheorie. Ihre kritische Funktion liegt in der Infragestellung von etablierten Strukturen der Beteiligung und den Machtstrukturen, die damit reproduziert werden.

Partizipatorische Ansätze weisen darauf hin, dass institutionalisierte politische Verfahren stets die Gefahr mit sich bringen, manche Personengruppen vom demokratischen Prozess auf strukturelle Weise auszuschließen.¹⁰ Ein Beispiel dafür findet sich in der Art und Weise, wie der Zugang zu Wahlen verteilt ist. In Wien etwa kann sich knapp ein Drittel der Bevölkerung im wahlfähigen Alter nicht an den Landtagswahlen beteiligen, da sie nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt.¹¹ Dieser Gruppe wird somit politische Teilhabe verwehrt, da ihre Mitglieder nicht als qualifizierte Teilnehmer:innen für demokratisch legitimierte Wahlen gelten. Dem lässt sich das Argument entgegnen, dass nationale Zugehörigkeit eine legitime Kategorie ist, um zu entscheiden, wer das politische System mitgestalten darf: gewisse Kriterien sollten erfüllt sein, um zu gewährleisten, dass ausreichend Verständnis des politischen Systems gegeben ist – zum Beispiel die Kenntnis der Sprache und Kultur des Landes, eine gewisse Mindestaufenthaltsdauer innerhalb des Gebiets, etc. Wenn wir aber die Bedingungen untersuchen, die zur Erfüllung dieser Kategorie gegeben sein müssen, stoßen wir

⁹ Diese Aufzählung geht zurück auf Barney et al. 2016, xii

¹⁰ Siehe Barney et al. 2016, xii-xiii

¹¹ Siehe etwa Gaigg, Vanessa. 2020 “Ein Drittel aller Wiener darf nicht wählen, darunter 72.000 Jugendliche.” DER STANDARD. Accessed February 1, 2022. <https://www.derstandard.at/story/2000119580700/ein-drittel-aller-wiener-darf-nicht-waehlen-darunter-72-000>.

auf ein politisches System, in dem gewisse Personengruppen strukturell von der Möglichkeit zur politischen Teilhabe ausgeschlossen werden: Im EU-Vergleich ist Österreich eines der Länder mit den strengsten Staatsbürgerschafts- und Einbürgerungsbestimmungen – selbst Migrant:innen in zweiter oder dritter Generation besitzen teilweise keine österreichische Staatsbürgerschaft, da diese bei der Geburt nur an Kinder vergeben wird, von denen zumindest ein Elternteil sie besitzt. Darüber hinaus erschweren strenge Einbürgerungsbestimmungen die Erlangung der Staatsbürgerschaft im Erwachsenenalter, so etwa die hohen Verwaltungsgebühren, die in diesem Verfahren zu entrichten sind (Karasz und Perichinig 2013). Zusammengenommen lässt sich ein politisches System beobachten, in dem die Möglichkeit zur politischen Teilhabe *de facto* an Kriterien wie die Herkunft der Eltern sowie das Einkommen/Vermögen geknüpft wird.

Das ist allerdings nicht die einzige Weise, auf die manche Personengruppen vom demokratischen Prozess ausgeschlossen werden. Hinzu kommen soziale und ökonomische Faktoren, die manche Personengruppen strukturell vom politischen Prozess und insbesondere demokratischen Wahlen ausschließen. Es gibt in diesem Kontext zahlreiche Studien, die die Korrelation zwischen geringem sozialen Status und/oder geringem Einkommen und einer schwachen Beteiligung an Wahlen untersuchen (s. etwa Schäfer 2015). Theoretiker:innen der partizipativen Schule sind deshalb der Meinung, dass die sozialen und ökonomischen Bedingungen, in denen Demokratie stattfindet, unbedingt in den Blick genommen werden müssen. Sie fordern inklusive Beteiligungsformen, die es gleichzeitig erlauben, die strukturellen Bedingungen der Gesellschaft infrage zu stellen (Pateman 2012, 10).

Diese Kritik gilt auch dem deliberativen Modell, das nicht ausreichend die strukturellen Bedingungen der Deliberation in den Blick nehmen und damit keine ausreichend kritische Funktion den politischen Institutionen gegenüber einnehmen könne, so Pateman:

More generally, a problem with deliberative democracy—a problem of particular concern for supporters of participatory democracy—is that the primary interest of its advocates lies in the process of deliberation inside deliberative forums. They are not usually concerned with structural features of the wider society. This means, for the most part, that “democracy” in the wider society and political system is outside of their purview; it is largely taken for granted as an institutional background of the forums. To be sure, deliberative democrats are dissatisfied with some features of that institutional background, which is why deliberation is seen as a necessary improvement in, and mini-publics are advocated as a supplement to, existing electoral democracy. But deliberative democracy still leaves intact the conventional institutional structures and political meaning of ‘democracy’ (Pateman 2012, 10).

Gegenüber der deliberativen Demokratie verfolgt die partizipative Demokratie demnach den Anspruch, existierende Strukturen und Problemlagen durch weitreichende Beteiligung der Bürger:innen infrage zu stellen und neu zu gestalten. Doch wie gestaltet sich diese konkret? Einen Vorschlag dafür bietet Benjamin Barber (1984), dessen Ideen ich im folgenden Unterkapitel untersuche.

b. Strong Democracy: Barbers‘ programmatischer Ansatz

In *Strong Democracy. Participatory Politics For A New Age* untersucht Benjamin Barber (1984), welche institutionelle Rahmenbedingungen notwendig sind, um eine „starke“ Demokratie umzusetzen. Das Konzept der starken Demokratie wird in Abgrenzung zu dem der „thin democracy“ entwickelt, welche Barber zufolge in liberalen Systemen anzutreffen sei und zu einem großen Teil auf dem Repräsentationsmodell der Demokratie fuße. Im Rahmen eines Programms in zwölf Punkten werden Vorschläge gemacht, wie partizipative Demokratie in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen verankert werden kann. Wenngleich das Werk nicht mehr dem aktuellsten Stand der Theorie entspricht, so bietet es doch einige aufschlussreiche Anhaltspunkte für ein tieferes Verständnis des Verhältnisses von Theorie und Praxis der partizipativen Demokratie, die ich hier auszugsweise beleuchten möchte. Besonders hervorzuheben ist, dass manche der besprochenen Modalitäten für niederschwellige Partizipation sich leicht in die heutige, digital vernetzte Welt übertragen ließen, etwa durch die Nutzung von Apps und digitalen Plattformen.

Zunächst untersucht Barber, inwieweit Nachbarschaftsversammlungen (1) dazu beitragen können, den demokratischen Prozess neu zu beleben. Ihm zufolge erlauben sie lokalen Bürger:innen, sich aktiv an den Angelegenheiten der Gemeinschaft zu beteiligen und Einfluss auf die politische Agenda zu nehmen. Er fordert daher, dass ihnen neben ihrer deliberativen Funktion unter bestimmten Auflagen auch Gesetzgebungskompetenzen auf lokaler Ebene zukommen.

Anschließend fordert er (2) die Einführung einer nationalen Institution, die den Einsatz neuer Kommunikationstechnologien im Rahmen von regionalen oder nationalen Bürgerschaftsversammlungen reguliert und überwacht. Dieser Einsatz bringt ihm zufolge zwar einige Risiken und Nachteil mit sich – er führt den Mangel an Intimität und den Verlust eines Gespürs der Unmittelbarkeit einerseits, die Gefahren für die Privatsphäre und Rechte sowie die mögliche Manipulation von Eliten andererseits an. Dafür könne auf diese Weise direkte

politische Beteiligung auf einer großen Skala ermöglicht werden. Barber zeigt sich hinsichtlich dieser neuen Möglichkeiten optimistisch: “The capabilities of the new technology can be used to strengthen civic education, guarantee equal access to information, and tie individuals and institutions into networks that will make real participatory discussion and debate possible across great distances” (Barber 1984, 274). Zugleich betont er den Wert der Regulierung dieser neuen Formen der Kommunikation, was angesichts späterer Entwicklungen in der marktkapitalistischen Logik von etwa großen Social Media Plattformen beachtlich ist. So schreibt er, dass “the strong democratic program for regional and national electronic town meetings requires that a Civic Communications Cooperative be established. This organization would take primary responsibility both for the constructive uses of the new telecommunications technology and for protecting individuals against media abuse from the private and public sectors.” (ebd., 277).

In weiterer Folge betont Barber den Wert von „civic education“ (3), also von politischer Bildung, sowie den gleichen und freien Zugang zu Informationen (4). Unter diesem Gesichtspunkt fordert er die Einführung von nationalen Serviceleistungen, die (finanzielle) Hürden im Zugang zu Informationen abbauen, sowie beispielsweise die Befreiung von Portokosten für die Zusendung von Zeitungen und Magazinen, die der Bildung dienen. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, die demokratische Debatte anzukurbeln und somit für eine verstärkte Beteiligung auf der *Meinungs- und Willensbildungsebene* innerhalb der Gesellschaft zu sorgen.

Andere Maßnahmen helfen demgegenüber dabei, den politischen *Entscheidungsprozess* zu demokratisieren. So wird etwa der Plan eines nationalen Volksinitiativen- und Referendumsprozess mit multi-choice Format und zwei-stufigen Abstimmungsverfahren ausgearbeitet, der die Beteiligung einer breiten Bevölkerungsspanne an der politischen Entscheidungsfindung ermöglichen soll (5). In diesem Kontext soll auch der Einsatz von interaktiven, elektronischen Abstimmungen zum Zweck der Bildung und Meinungserhebung erprobt werden. Angedacht sind hier Verfahren, bei denen unterschiedliche Antworten auf komplizierte, regelungsbedürftige Fragestellungen mit Videos oder anderen interaktiven Formaten von den Anwender:innen durchgespielt und getestet werden. Indem verschiedene, kontroverse Optionen zu Ende gedacht werden, kann die Bereitschaft geschult werden, sich in entgegengesetzte Meinungen hineinzusetzen. Das ist einer reinen Entweder – Oder Abstimmung, die oftmals ohne vorangehende Diskussionsmöglichkeit und ohne Kontext erfolgt, diametral entgegengesetzt. Das Ziel sei somit nicht, “to canvass opinion or to take a straw poll, but to catalyze discussion and to nurture empathetic forms of reasoning” (ebd., 289).

Allerdings gibt Barber hier zu bedenken, dass die Verschiebung von politischen Entscheidungen von öffentlichen Orten in das Zuhause bedenkliche Folgen haben kann. Die Verlagerung von politischem Handeln in die eigenen vier Wände bedinge einen Verlust von Öffentlichkeit, welche für politisches Handeln essenziell sei. “Home voting inevitably means privatistic voting; it means public preferences will be expressed from the inner sanctum of private existence; it means the voter choosing without thinking of his fellow citizens since he is away from the halls and assemblies in which he normally meets with them” (ebd., 290). Barber argumentiert hier, dass der Rückzug ins Private dazu führt, dass der Sinn für die Gemeinschaft bei den eigenen Entscheidungen verloren geht und dass es öffentliche Orte wie Gemeindesäle oder Versammlungsorte für die Austragung von politischen Entscheidungen braucht. Um dennoch nicht gänzlich auf die Vorteile von digital-interaktiven Abstimmungen zu verzichten und um gleichzeitig ihren öffentlichkeitswirksamen Charakter zu wahren, sollen laut Barber Möglichkeiten geschaffen werden, um diese an öffentliche Orte zu bringen – so wie etwa in nahegelegene Nachbarschaftslokale oder Rathäuser.

Darüber hinaus führt Barber im Rahmen seines 12-Punkte Programms noch einige weitere Punkte aus, etwa die Einbindung von Gemeindemitgliedern in öffentlichen Angelegenheiten, im Justizbereich bspw. durch die Entkriminalisierung von kleineren Vergehen sowie die Einführung von informellen Schöffengerichten; in der Politik durch die Ernennung zu lokalen politischen Posten mittels Losverfahren; darüber hinaus ein allgemein verpflichtender Zivildienst, die Vergabe von Gutschriften für öffentliche Institutionen wie Schulen, Verkehr und Wohnen, die öffentliche Förderung von lokalen ehrenamtlichen Tätigkeiten und Unterstützung von „workplace democracy“ sowie schließlich eine neue Architektur des öffentlichen Raums (siehe Barber 1984, 207).

Viele der Forderungen von Barber finden sich in kontemporären partizipatorischen Ansätzen wieder, etwa die Stärkung von demokratischen Prozessen auf lokaler Ebene oder die Ausweitung der Modalitäten für demokratische Mitbestimmung, wie wir im dritten Kapitel bei der Untersuchung von Anwendungsfeldern von Partizipation im digitalen Zeitalter sehen werden. Obwohl manche seiner Forderungen veraltet wirken, wie etwa die Einführung einer regulatorischen Instanz für Kommunikationstechnologien, nimmt er Bezug auf wichtige Entwicklungen in der Art und Weise, wie politische Subjekte am Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess teilhaben. Damit ist der Grundstein für eine tiefergehende Analyse von partizipativer Demokratie im Kontext von digitalen Technologien in den darauffolgenden Kapiteln gelegt.

1.3. Zusammenfassung des Kapitels

In diesem Kapitel habe ich Konzepte der deliberativen und der partizipatorischen Demokratie analysiert. Eine grundlegende Prämisse beider Schulen ist, dass Demokratie umfassender ausgestaltet sein muss, als es aktuell in vielen demokratischen Systemen der Fall ist: Insbesondere die Gleichung zwischen Demokratie und repräsentativen Wahlen wird von beiden Theorien hinterfragt. Stattdessen werden Modelle entwickelt, in denen die politische Beteiligung der Bürger:innen in den Vordergrund gerückt wird. In welcher Form diese Beteiligung erfolgt, unterscheidet sich allerdings in beiden Theorien. Während für die deliberative Demokratietheorie die Deliberation und damit der argumentative Austausch in Arenen der Öffentlichkeit ein zentrales Konzept ist, werden in der partizipativen Demokratietheorie durch die Ausweitung und Vertiefung der Demokratie verschiedene beteiligungsfördernde Mechanismen in Gang gesetzt.

Der Fokus des Kapitels war eine historische und systematische Einordnung von Konzeptionen politischer Beteiligung in der Demokratietheorie, durchgeführt anhand von klassischen Autor:innen wie Habermas und Fishkin einerseits, Pateman und Barber andererseits. In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts entstanden, sind ihre Theorien aus heutiger Sicht zum Teil neu zu evaluieren, denn die Öffentlichkeit, auf die sich ihre Theorie stützte, war eine gänzlich andere als diejenige des 21. Jahrhunderts, die massiv vom digitalen Wandel und einer damit einhergehenden Fragmentierung der öffentlichen Sphäre geprägt ist (siehe etwa Papacharissi 2010; Bruns and Highfield 2016). Nachdem dieses Kapitel eine erste konzeptuelle Einordnung der beiden Theorien geleistet hat, soll im Folgenden untersucht werden, welche Relevanz zentrale Konzepte der deliberativen und der partizipativen Demokratietheorie heute haben, und inwiefern sie konzeptuelle Werkzeuge bieten, um neue, virtuelle Formen der Beteiligung kritisch zu evaluieren.

2. „Weiter in den Comments“: Zur Bedeutung von Diskurs und Deliberation im Netz

Seit Anfang der 2000-er Jahre gibt es in der politischen Theorie ein verstärktes Interesse an deliberativer Demokratie (Dryzek 2007, Pateman 2012). Die Etablierung von neuen deliberativen Organen und „Mini-Öffentlichkeiten“, insbesondere im englischsprachigen Raum, bei denen sich zufällig ausgewählte Bürger:innen zu politischen Fragen argumentativ austauschen, zeugt von dessen praktischen Einfluss auf Institutionenebene. Auch die alltägliche, politische Praxis ist zunehmend von deliberativen Merkmalen gekennzeichnet, so

der politische Philosoph Robert Talisse. Ihm zufolge haben die Entwicklungen der neuen Kommunikationstechnologien und sozialen Medien dazu geführt, dass die politische Öffentlichkeit heutzutage mit Räumen und Foren für politischen Diskurs durchdrungen ist – “from comments sections on news websites to feeds on Facebook and Twitter. Even nightly programming is presented in a pro-and-con debate format” (Talisse 2017, 109). Ist dies ein Ausdruck der Relevanz der deliberativen Demokratietheorie für die gegenwärtige politische Praxis? Sorgt die Ausweitung der Orte des Diskurses, die die neuen Medien geschaffen haben, dafür, dass wir heutzutage besser deliberieren und die Demokratie auf fundierte Weise mitgestalten? Ein Blick auf die steigende Polarisierung des Diskurses in vielen demokratischen Ländern, und damit die gesellschaftliche Schwierigkeit, mehrheitsfähige Konsense zu erzielen, nimmt dieser Annahme schnell den Wind aus den Segeln (siehe etwa Sunstein 2018). Doch wie lässt sich diese Spannung zwischen einer Zunahme von deliberativen Formaten einerseits und der wachsenden Unterminierung des Diskurses andererseits erklären?

Durch die Weiterentwicklung von neuen Technologien zur sozialen Vernetzung öffneten sich neue Möglichkeiten zur praktischen Umsetzung von deliberativer Demokratie. Einerseits brachte das Internet neue Möglichkeiten zur Institutionalisierung von inklusiveren Verfahren der Meinungs- und Willensbildung. Anhand von Colemans‘ und Blumlers‘ (2009) Analysen zeige ich zunächst, dass digitale Deliberationsforen und ähnliche Formate zwar gewisse zeitliche, räumliche und strukturelle Barrieren zur politischen Beteiligung zum Teil überwinden konnten, aber alte Ausschlussmechanismen auch im digitalen Raum fortbestehen blieben. Zugleich leitete das Internet eine Vervielfältigung von Räumen und Kanälen für den öffentlichen Diskurs ein. Damit konnten die Voraussetzungen für politische Vernetzung und politisches Handeln verbessert werden, wie ich anschließend zeigen werde. Trotz dieser positiven Entwicklungen erleben wir heute eine von Polarisierung und (verbaler) Gewalt geprägte digitale Öffentlichkeit: Sunsteins‘ einflussreiche Theorie der Echokammern (2007) und ihrer antidemokratischen Konsequenzen scheint angesichts der großen Reichweite von extremistischen Inhalten und Verschwörungstheorien aktueller denn je (siehe etwa Guhl und Gerster 2020). Vor diesem Hintergrund argumentiere ich, dass die Polarisierung des Diskurses sowie die öffentlichen Anfeindungen, denen viele Menschen ausgesetzt sind, die online den Diskurs mitgestalten, eine ernstzunehmende Gefahr für das deliberative Ideal darstellen. Einen beachtenswerten Erklärungsansatz für diese Spannung liefert Talisse (2007), der in der gegenwärtigen „deliberativen Wende“ eine Verkehrung des deliberativen Ideals der vernunftgeleiteten Kommunikation sieht, wie ich abschließend besprechen werde.

2.1. „I can't hear you“ – epistemische Herausforderungen virtueller Deliberationsforen

Während deliberative Verfahren typischerweise Gemeindesäle oder andere öffentliche Gebäude zu ihrer Austragung vorsehen (Barber 1984, Fishkin 2009), entstanden in den letzten zwanzig Jahren neue Modi der Begegnung abseits von analogen Räumen: Unter dem Schlagwort *E-Democracy* wird eine Reihe von Projekten bezeichnet, bei denen demokratische Willens- und Entscheidungsbildung durch Zuhilfenahme von digitalen Technologien vollzogen wird. Colemans' und Blumlers' (2009) Fallstudie über virtuelle parlamentarische Beratungen macht deutlich, inwiefern sich diese von klassischen Beratungen abzeichnen, welche (epistemischen) Vorteile sie bringen, und wo ihre Grenzen liegen.

a. Neue Instrumente, alte Ungleichheiten?

Im März 2000 lud die britische Initiative „*Womenspeak consultation on domestic violence*“ Opfer von häuslicher Gewalt ein, sich via digitaler Zuschaltung an parlamentarischen Beratungen zu beteiligen. Ziel dieser Beratungen war der Erfahrungsaustausch zwischen betroffenen – meist marginalisierten – Personen und politischen Entscheidungsträgern: So sollten Abgeordnete ein besseres Verständnis für regelungsbedürftige Probleme gewinnen und durch die Interaktion mit den Betroffenen zu informierten Entscheidungen gelangen.

In ihrer Evaluierung der Initiative stellen die Autoren Coleman und Blumer zunächst fest, dass der virtuelle Modus der Beratungen es ermöglichte, mehr Personen zu erreichen als es im Rahmen einer konventionellen parlamentarischen Sitzung möglich gewesen wäre (ebd., 93 ff.) Das liegt zum einen daran, dass die betroffenen Personen aus vielen unterschiedlichen Regionen kämen und eine Anreise zum britischen Parlament in Westminster für viele von ihnen nicht selbstverständlich sei. Zum anderen böte der virtuelle Raum mehr Sicherheit und Schutz für die betroffenen Frauen*, da sie nicht mit ihren richtigen Namen auftreten mussten und unerkannt bleiben konnten. So sei die Hemmschwelle zur Teilnahme deutlicher niedriger als bei konventionellen Beratungen, die eine physische Anwesenheit und, in vielen Fällen, die Preisgabe der eigenen Identität erfordern. Das online-Format habe somit dazu beigetragen, ein inklusives Umfeld zu schaffen, so die Autoren. Damit konnten die Erfahrungen und Meinungen von den Personen gewürdigt werden, die tendenziell eher davon betroffen seien, von politischen Deliberationen ausgeschlossen zu werden. Gemäß der deliberativen Demokratietheorie ist dies ein wünschenswertes Ergebnis, sieht sie doch die Beteiligung aller

Bürger:innen am Meinungsbildungsprozess vor – und nicht bloß diejenige von „üblichen Verdächtigen“, etwa von Parteipolitiker:innen, Lobbyisten und anderen Machttträger:innen.

Bei kritischer Betrachtung zeigen sich jedoch einige der Grenzen, die die digitalen Deliberationen mit sich brachten. Zunächst beobachten die Autoren, dass sehr viel Arbeit geleistet werden musste, um die beteiligten Frauen* überhaupt zu erreichen und sie zu überzeugen, daran teilzunehmen. Das deutet auf das allgemeine Problem der Kommunikation mit (bislang nicht erreichten) Zielgruppen in der politischen Kampagnenarbeit hin, aber auch auf die Herausforderungen, die der *digital divide* stellt. Dieser bezeichnet die strukturelle (geografische, demografische, soziale) Kluft im Zugang zu und in der Nutzung von Internet und digitalen Technologien (Zillien 2009). In der Tat besitzen nicht alle Personen innerhalb einer Gesellschaft dieselben Fähigkeiten und Ressourcen, um souverän online zu navigieren und das Angebot von digitalen Partizipationsformaten in Anspruch zu nehmen. Wenn digitale Deliberationsformate nicht nur auf dem Papier inklusiv sein wollen, dann müssen also die unterschiedlichen Fähigkeiten und Kenntnisse bei der Auswahl und Vorbereitung der Teilnehmenden berücksichtigt werden.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die virtuelle Einbindung der betroffenen Personen in die Beratungen tatsächlich zu den gewünschten Ergebnissen geführt hat, nämlich der intensive, argumentative Austausch der Teilnehmenden und ein besseres Verständnis der Problemlage vonseiten der parlamentarischen Abgeordneten. Coleman und Blumler beobachteten zwar, dass in den Sitzungen ein hohes Level an Interaktion erreicht werden konnte, so dass Frauen*, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, sich austauschen und die gesellschaftliche Tragweite ihrer subjektiven Erfahrungen erstmals erfassen konnten. Manche von ihnen etablierten im Anschluss an die Beratungen sogar längerfristigen Kontakt, so dass daraus ein Netzwerk für Erfahrungsaustausch und gegenseitige Unterstützung entstand. Jedoch blieb ihnen zufolge der Austausch größtenteils auf dieser experimentellen Ebene angesiedelt; wenige der ausgetauschten Nachrichten waren argumentativer Natur und verwiesen auf externe Quellen wie Studien oder umfassendere Datenlagen. Die Abgeordneten hätten somit keinen signifikanten Mehrwert aus den Beratungen ziehen können. Insofern das deliberative Ideal aber ein Transzendieren der Erfahrungs- und Gefühlsebene hin zur rationalen, argumentativen Auseinandersetzung vorsieht, seien die Beratungen damit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die an sie aus deliberativer Perspektive geknüpft werden konnten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der geringe Output der Beratungen, den Coleman und Blumler attestieren, an der Virtualität der Beratungen liegt, oder nicht doch am spezifischen Kontext, in dem die Betroffenen sich situieren und aus dem sie sprechen, sowie

an den Rahmenbedingungen der Diskussionen, etwa deren Moderation oder die hohe Betroffenheit der Diskutierenden. Es scheint daher relevant zu untersuchen, ob die physische Ko-Präsenz der Diskussionsteilnehmenden tatsächlich erforderlich ist, um einen begründeten Austausch von Meinungen und Argumenten zu erzielen, oder ob sich dieser nicht ohnehin durch eine Reihe an Merkmalen auszeichnet, die es ihm erlauben, ohne allzu viele Abstriche in den virtuellen Raum verlegt zu werden.

b. Phänomenologie der virtuellen Zuschaltung

Die Leiblichkeit oder physische Ko-präsenz von Personen sichert zweifellos wichtige Aspekte von menschlicher Interaktion, die sich nicht ohne weiteres im digitalen Raum ersetzen lassen. Verglichen mit videogestützter Kommunikation schafft menschliche Nähe in der Tat mehr Raum für nonverbale Kommunikation, und damit für Emotionen, Intimität und Verbindung.¹² Bei der Deliberation steht jedoch der möglichst objektive Austausch von politischen Meinungen und das Abwägen von Argumenten im Zentrum. Emotionale Debatte und menschliche Nähe sind – in der klassischen Deliberationstheorie – nicht gewünscht. Folgen wir diesen Gedanken, so könnte Deliberation sogar vom virtuellen Kontext profitieren. “Indeed, there is evidence to suggest that, in veiling social clues, the disembodied nature of online interaction benefits some social groups that have traditionally been most silent, ignored or disrespected within the ‘public sphere’” bemerken Coleman and Blumler (2009, 27-28). Ist der digitale Raum tatsächlich besser geeignet, um das Ideal der Neutralität und Objektivität zu realisieren, das im Deliberationsprozess angestrebt wird?

Diese Annahme kann durch die Überlegungen von Manstead, Lea und Goh (2011) zu den Auswirkungen von video-gestützter Kommunikation auf Emotionen, Selbstwahrnehmung und Beziehungen bekräftigt werden. Menschlichen Interaktionen, besonders im öffentlichen Kontext, liegen implizite Machtstrukturen zugrunde, die die Annahme eines neutralen Ortes, an dem alle Personen einen gleichberechtigten Zugang und eine gleichberechtigte Stimme haben, in Zweifel ziehen. Die drei Autor:innen beobachten, dass die Kommunikation im virtuellen Raum dazu beiträgt, manche solcher Machtmechanismen auszuklammern. Insbesondere der Blick als Instrument der sozialen Kontrolle und Verurteilung wird dabei untersucht (ebd., 167-169). Aus den Theorien zum *male gaze* wissen wir, dass Frauen unter

¹² Siehe z.B. Manstead, Lea und Goh (2011), in dem die Autor:innen die Auswirkungen sowohl von physischer als auch video-gestützter Kommunikation auf Emotionen, Selbstwahrnehmung und Beziehungen vergleichend untersuchen.

dem männlichen Blick eine Reihe an negativen Effekten verspüren, unter anderem soziale Angst und verminderte kognitive Leistungen (siehe etwa Calogero 2004). Im virtuellen Raum wird die Unmittelbarkeit und Intensität des Blickes jedoch unterbrochen, indem sich der Bildschirm zwischen die Gesprächsteilnehmer:innen schaltet. Der Blick der Zuhörer:innen lastet nicht unmittelbar leiblich an den sprechenden Personen, zumal sich ihre Blicke nicht kreuzen können. Dadurch wird seine objektivierende Funktion gemindert, so die Autor:innen. Sie beschreiben, dass “the lifting of some of the impact, norms, and constraints associated with physically co-present social interaction, particularly concerning eye gaze, in videoconferencing can have a liberating effect upon participants” (Manstead, Lea und Goh 2011, 170). Das Ablegen vom belastenden Gefühl des Angestarrt-Werdens und von den negativen Emotionen, die dies erzeugt, ermöglicht den Diskutierenden, an mehr Selbstsicherheit beim Sprechen zu gewinnen und, in weiterer Folge, sich auf die Inhalte, die sie vermitteln möchten, zu konzentrieren. Demzufolge kann die videogestützte Kommunikation für Personen, die beim Sprechen einem hohen sozialen Druck ausgesetzt sind – Frauen* sowie andere marginalisierte Gruppen – einen Vorteil gegenüber der physisch stattfindenden Kommunikation darstellen.

Dazu kommt, dass der Austausch im digitalen Raum ein gutes Terrain bietet, um neue Identitäten zu erproben und von außen herangetragene Zuschreibungen abzulegen und zu hinterfragen. Für Turkle (1996) schafft die virtuelle Welt eine Vielzahl an neuen Möglichkeiten für Individuen, verborgene Aspekte der eigenen Identität auszudrücken und so auf andere Weise mit der Außenwelt zu kommunizieren. Personen, die oftmals auf bestimmte Aspekte ihrer Identität reduziert werden – beispielsweise aufgrund einer Behinderung – können sich dank der Fluidität und Anonymität des virtuellen Raums besser von der Last sozialer Zuschreibungen und Vorurteile lösen. Das führt potenziell zu einer besseren Sprechsituation, wenn die sprechende Person dadurch in eine Position gebracht wird, der mehr Glaubwürdigkeit und Wissen zugesprochen wird. (Siehe Frickers‘ (2007) Ausführungen zu epistemischer Ungerechtigkeit, wodurch Menschen in ihrer Funktion als wissende Person Unrecht getan wird). In weiterer Folge kann diese Erprobung von Identitäten also durchaus einen freieren und gleichberechtigteren Zugang zu Orten des Diskurses ermöglichen.

Unter der Prämisse, dass Deliberation die Gleichberechtigung aller Teilnehmer:innen am Diskurs einfordert, bietet die Verlagerung von deliberativen Verfahren in den virtuellen Raum somit aus sozial-epistemologischer Sicht einige Vorzüge. Der vermeintlichen Neutralität von Diskursorten kann entgegengewirkt werden, indem manche der Machtfaktoren, die einer

politischen Diskussion zwischen Bürger:innen unterliegen, ausgeklammert werden, insbesondere der Blick als Instrument von sozialer Überlegenheit. Dennoch darf nicht ausgeblendet werden, dass auch virtuelle Diskussionen durch (neue) Machtverhältnisse und -demonstrationen gekennzeichnet sind, was sich etwa in der Souveränität im Umgang mit neuen Technologien oder der Qualität und Schnelligkeit von Internetverbindungen abzeichnet. Wenngleich sich somit neue Chancen für digitale Deliberationsformate eröffnen, so wie niedrigere Zugangsbarrieren, flexiblere Beteiligungsmodalitäten und potenziell ein ebenbürtigerer Austausch, dürfen neue Ausschließungsformen des Digitalen nicht außer Acht gelassen werden. Das Konzept des digital divide, also der digitalen Kluft, bietet in diesem Kontext ein wichtiges konzeptuelles Werkzeug, um Ungleichheiten im Zugang und in der Nutzung von neuen Technologien zu beschreiben. Ihm unterliegt eine normative Theorie der sozialen Ungleichheit, die die „unterschiedliche Teilnahmemöglichkeit an wichtigen und knappen gesellschaftlichen Ressourcen“ zum Gegenstand hat (Zillien 2009, 29). Hervorzuheben ist, dass sie sich nicht nur mit der gerechten Verteilung von knappen Gütern innerhalb einer Gesellschaft befasst (durch die Linse von demographischen und sozialen Kategorien wie beispielsweise Alter, Geschlecht oder Einkommen), sondern auch zwischen Nationen, und somit Fragen der globalen Gerechtigkeit aufgreift. „Die These der digitalen Spaltung thematisiert [...] die Befürchtung, dass sich im Zuge der unterschiedlichen Nutzung neuer Medien soziale Ungleichheiten verstärken“, so Zillien (2008, 82).

Der Begriff des digital divide wird von Warschauer (2003) allerdings dafür kritisiert, eine problematische Binarität zu schaffen zwischen denen, die online vernetzt sind („haves“) und den „Offliners“ („have-nots“). Dies verkenne die vielen Nuancen, die es in der Nutzung von digitalen Technologien gebe, und sei mitunter bevormundend. Warschauer plädiert deshalb dafür, stattdessen mit dem Begriff der sozialen Inklusion zu arbeiten. Bei diesem gehe es nicht bloß darum, einen adäquaten Anteil an den zu Verfügung stehenden Ressourcen zu bekommen, sondern um die Möglichkeiten zur Beteiligung an der Gesellschaft in ihren vielfältigsten Bereichen und der Mitgestaltung von Lebensentwürfen (ebd., 8).

2.2. Digitale Öffentlichkeit(en) – neue Problemfelder der deliberativen Demokratie

Nach der Untersuchung der Möglichkeiten, die das Internet für institutionalisierte, deliberative Verfahren geschaffen hat sowie deren Potenzial, inklusiver gestaltet zu sein, möchte ich mich im nächsten Unterkapitel der zweiten Dimension von deliberativer Demokratie zuwenden.

Wenn prozedural eingerahmte Deliberationen zwar einen wichtigen Aspekt von ihr darstellen, so wird sie insgesamt vom *Zusammenspiel* von institutionalisierten Verfahren mit informell gebildeten Meinungen charakterisiert (Habermas 1992, 361). Wir haben im ersten Kapitel bereits untersucht, welche Rolle die Öffentlichkeit in der deliberativen Demokratietheorie einnimmt und haben festgestellt, dass die Legitimität des demokratischen, politischen Systems von der Bedeutung abhängt, die dem öffentlichen Diskurs beigemessen wird. „Aus demokratietheoretischer Sicht muß die Öffentlichkeit [...] den Problemdruck verstärken, d.h. Probleme nicht nur wahrnehmen und identifizieren, sondern auch überzeugend und *einflußreich* thematisieren, mit Beiträgen ausstatten und so dramatisieren, daß sie vom parlamentarischen Komplex übernommen und bearbeitet werden“, schreibt Habermas (ebd., 435). Zur Zeit der Veröffentlichung von *Faktizität und Geltung*, im Jahr 1992, war die politische Öffentlichkeit massenmedial strukturiert – das heißt, dass die primären Informationsquellen und Plattformen, über die politische Meinungsbildung erfolgte, in Zeitungen mit sehr hohen Auflagen und in öffentlich-rechtlichen und privaten Fernseh- und Radiosendern geschah. Daneben spielten zwar auch Verlage, Nischenmedien und die Netzwerke der Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle, insgesamt zeichnete sich das Mediensystem aber durch seinen *asymmetrischen* und *unpersönlichen* Charakter aus (Habermas 2006, 423). Seitdem unterlag die politische Öffentlichkeit aber einem Strukturwandel, wie wir bereits im ersten Kapitel mit Frasers‘ Theorie der transnationalen Öffentlichkeit gelernt haben. Fraser zufolge ist die Öffentlichkeit nunmehr als „transnational public sphere“ zu verstehen, in der es zu geteilten Souveränitätsformen kommt und die politischen Subjekte nicht primär über die Kategorie der Staatsbürger:innen verstanden werden, sondern heterogene Gruppen mit unterschiedlichen sprachlichen, kulturellen und sozialen Wertehorizonten darstellen, die über neue Kommunikationsformen miteinander in Austausch kommen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die scheinbaren Defizite in der öffentlichen Meinungsbildung aufgrund von Einseitigkeit und Anonymität durch die digitale Kultur und der Wechselseitigkeit und Vielstimmigkeit, die sie ermöglicht, aufgehoben werden konnten. Fest steht, dass das Internet die Bedingungen für den öffentlichen Diskurs auf grundlegende Weise beeinflusst hat. Auf der einen Seite hat es eine Vielzahl an Möglichkeiten zur zivilgesellschaftlichen Vernetzung und Amplifizierung von unterbeleuchteten, politischen Themen geschaffen, die es in dieser Weise zuvor nicht gegeben hat. Zugleich wurden andere, für den Diskurs schädliche Phänomene hervorgerufen, wie gesellschaftliche Polarisierung und

Extremismus, sowie Hass im Netz und Cyberbelästigung. Diese Spannung und ihre Bedeutung für die deliberative Demokratietheorie sollen im Folgenden beleuchtet werden.

a. “You have one new friend request”. Zur Bedeutung von digitaler Vernetzung für politische Willensbildung

Die für die deliberative Demokratietheorie zentrale Meinungsbildung stellt einen vielschichtigen, gemeinschaftlichen Prozess dar. Dass Bürger:innen ein wohlgebildete Meinung über politische Fragestellungen erlangen und diese anschließend im demokratischen Miteinander verteidigen, hängt vom Austausch von Meinungen und der Bereitschaft, seinen eigenen Standpunkt anzupassen, ab. Eine weitere, wesentliche Grundvoraussetzung für die öffentliche Meinungsbildung ist die Existenz von Bedingungen, die die Bildung von kollektiven, hermeneutischen Ressourcen ermöglichen. Diese Idee habe ich bereits im ersten Kapitel anhand von Frickers‘ (2006) Essay eingeführt, als es darum ging, dass Betroffene von sexueller Gewalt am Arbeitsplatz erst dagegen protestieren und entschädigt werden konnten, nachdem sie dem Phänomen einen Namen geben konnten. Für die Forderung von politischen und arbeitsrechtlichen Konsequenzen waren also zunächst die Bildung und Aneignung von hermeneutischen Ressourcen erforderlich. Dieses Fallbeispiel gibt die zutiefst epistemologische Dimension von politischer Willensbildung zu erkennen, und zeigt, dass die kollaborative, kritische Reflexion über Themen, die noch kaum öffentlich verhandelt werden, die Voraussetzung dafür ist, dass ein möglichst breites Spektrum an vertretenen Meinungen und Forderungen im öffentlichen Diskurs vertreten ist. Ohne die Schaffung von Bedingungen, durch die sozial marginalisierte und unterdrückte Personen sich austauschen und gemeinsame, hermeneutische Ressourcen bilden können, gehen wichtige Perspektiven im hegemonialen Diskurs unter. Ashton (2021) hebt den dynamischen Charakter der kollaborativen, kritischen Reflexion hervor und betont, dass die Einsicht in die geteilte Realität von Erfahrungen und damit das Erreichen eines epistemischen (privilegierten) Standpunktes nicht allein durch Gruppenzugehörigkeit entstehe. Vielmehr erfordere dies einen langen, schwierigen Prozess “that typically involves discussing shared experiences (like street harassment), realising that they’re caused by systematic external processes rather than individual circumstances or behaviours, and then questioning - and eventually working to resist or disrupt - the structures which maintain those processes.” (Ashton 2021) Die Diskussionen, die zu diesem Zweck geführt werden, sind zeitintensiv, komplex und vereinigen Personen, deren einzige Gemeinsamkeit oftmals die Benachteiligung ist, der sie ausgesetzt sind. Dass diese Personen

zusammenfinden, um die geteilte Realität ihrer Erfahrungen zu erkennen, ist keineswegs selbstverständlich und erfordert Bemühungen, die oftmals auf das Wissen und Wohlwollen von persönlichen Kontakten angewiesen sind. Es lässt sich argumentieren, dass das Internet in dieser Hinsicht einige Hürden abgebaut hat. In der Tat ermöglicht der schlichte Zugang zu einer Internetverbindung das Auffinden von Informationen über die verschiedensten Themen – auch jene, die von der öffentlichen Wahrnehmung (noch) nicht als relevant eingestuft worden sind und über die daher nur wenig Informationen zu finden sind.

Mittels einer Kombination aus Suchworten und Hashtags können Wikipedia-Artikel, Twitter-Diskussionen und sonstige Webeinträge gefunden werden, die umfassend zu einem Thema informieren und weiterführende Links beinhalten. Darüber hinaus können einschlägige Online-Communities aufgefunden und beigetreten werden, innerhalb derer der Austausch und die gegenseitige Unterstützung im Zentrum stehen.

Ashton nennt als Beispiel dafür eine Facebook-Gruppe von Long-Covid-Patient:innen, die sich über ihre Symptomatik austauschen konnte, zu einem Zeitpunkt, an dem es noch wenig wissenschaftliche Forschung darüber gab. Ein solcher (semi-)öffentlicher zugänglicher Austausch kann für viel Betroffene zunächst aus dem einfachen Grund wertvoll sein, als sie dadurch erkennen, dass die eigenen Erfahrungen auch von anderen Menschen geteilt werden. Um einen epistemischen Standpunkt zu erreichen, der einen privilegierten Einblick in die Realität gibt und die Basis für weiteres politisches Engagement ist, bedarf es aber eines weiteren Schrittes, nämlich die kollaborative und kritische Reflexion über die strukturellen Bedingungen des gemeinsamen Problems.

Neben der Vereinfachung des ersten, wichtigen Schritts der Erkenntnisgewinnung durch digitale Technologien – dem Auffinden von relevanten Informationen und damit die Einsicht in die geteilte Realität der eigenen Erfahrungen – haben Online-Communities den Vorteil, dass sie eine solche kollaborative Reflexion begünstigen: Um gemeinsam über geteilte Erfahrungen diskutieren und reflektieren zu können, brauchen Betroffene Strukturen und Plattformen, über die sie sich vernetzen und austauschen können. Dabei kommen, wie oben bereits angesprochen, oftmals Personen zusammen, deren einzige Gemeinsamkeit ihre Benachteiligung ist. Das bedeutet, dass für eine solche Zusammenkunft eine Vielzahl an Differenzen und Barrieren überwunden werden müssen – nicht nur räumlicher und zeitlicher Natur, sondern auch bezogen auf Kategorien wie das Alter, die (In-)Validität, die Klasse, das Geschlecht und oder die Hautfarbe. Hier können die Konnektivität (Van Dijk und Hacker 2018) und die Unsichtbarkeit (Brodnig 2013) des Internets Erhebliches leisten: “In the age of the Internet, it is increasingly the case that virtual social space supplants the sovereignty of place and asynchronous message

storage reduces coordination problems created by temporal dissonance” (Blumler und Coleman 2009, 27). Indem es für Bürger:innen einfacher wird, sich sowohl untereinander als auch mit ihren politischen Vertreter:innen zu vernetzen, werden laut Blumler und Coleman Zeit und Distanz als Hürden zur demokratischen Kommunikation abgebaut (ebd.). In der Tat können Diskussionen im Internet – beispielsweise in eigens dafür angelegten Forenkanälen oder Facebook-Gruppen – zu einem persönlich passenden Zeitpunkt aus dem eigenen Zuhause oder an einem anderen Zugangsort aufgenommen werden, und zeitversetzt geführt werden. Das stellt ein gewisses Maß an Flexibilität sicher, was insbesondere für Personen, die einer Mehrfachbelastung (etwa durch den Job, die Erhaltung der Familie, den Haushalt...) ausgesetzt sind, von Vorteil ist.

Darüber hinaus schafft der virtuelle Raum eine Reihe an physischen Barrieren ab, welche insbesondere für die Vernetzung von Personen mit Behinderung erhebliche Hürden darstellen. Die Rechtsanwältin und Aktivistin Elisa Rojas etwa weist darauf hin, dass das Internet für Aktivist:innen für die Rechte von Menschen mit Behinderung eine sehr wichtige Rolle eingenommen hat: „Quand les déplacements sont difficiles, voire impossibles, c’est un lieu de socialisation sans équivalent, et c’est pour des militants comme nous un espace rêvé pour diffuser des informations et tenir un autre discours.“ (Bastide 2020, 153). Da außerdem in virtuellen Diskussionen Hinweise auf die soziale Zugehörigkeit der Diskussionsteilnehmer:innen („social clues“) üblicherweise verdeckt sind und damit eine unvoreingenommene Debatte stattfinden könne, eigne sich das Internet gerade für politische Diskussion besonders gut, beobachten Blumler und Coleman (ebd., 33).

Die neuen Technologien zur Vernetzung und Kommunikation haben zweifellos ein großes Potenzial geöffnet, um sich räumlichen, zeitlichen und strukturellen Barrieren hinwegzusetzen und auf einen gemeinsamen, kritischen Prozess einzulassen. Indem dabei die Ursachen für strukturelle Ungerechtigkeiten reflektiert und hinterfragt werden, werden epistemische Ressourcen gewonnen, die in weiterer Folge die Grundlage für politisches Handeln bilden. Nichtsdestotrotz muss hinterfragt werden, ob eine solche Vernetzung über das Internet nicht bestehende Strukturen reproduziert. Sind nicht vorrangig diejenigen im Internet an vorderster Front, die auch in der offline Welt die nötigen Ressourcen besitzen, um sich politisch zu verbünden?

In der Tat darf bei all diesen Überlegungen der vorhin genannte *digital divide* nicht ausgeblendet werden: Viele wissenschaftliche Studien beschäftigen sich mit neuen Ungleichheiten im Zugang zu digitalen Kommunikationstechnologien. Vielfach verlaufen die Bruchlinien entlang von Kategorien wie Klasse oder globaler Süden/Norden (Zillien 2009).

Dazu kommt, dass es in der Forschungsliteratur geteilte Meinungen darüber gibt, wie sich der Zugang zu neuen Technologien auf politische Beteiligung auswirkt. Einige sind der Ansicht, dass der Zugang zu zusätzlichen Ressourcen bereits bestehende Beteiligungsmuster verstärkt: Nach dem sogenannten *Matthew effect* werden Menschen, die bereits über viele Ressourcen verfügen (etwa Wissen, Netzwerke, Zeit) und ein höheres Level an politischer Beteiligung aufweisen, durch die Nutzung von digitalen Technologien und Netzwerken noch reicher, während Personen mit wenig Ressourcen kaum davon profitieren. Andere wiederum verteidigen die expansionistische Hypothese, wonach Menschen, die über wenig Ressourcen für politische Beteiligung verfügen, durch die Nutzung von digitalen Technologien diesen Mangel an Ressourcen ausgleichen können. Dieser These zufolge können digitale Technologien und Netzwerke neue Bevölkerungssegmente anziehen, damit sich diese politisch vernetzen (s. Van Dijk/Hacker 2018, 67).

Es zeigt sich, dass im digitalen Raum Orte geschaffen wurden, in denen sich Personen leichter vernetzen und relevante Informationen austauschen können als im rein analogen Raum. Da dies ein wichtiger erster Schritt ist, um einen kollaborativen Reflexionsprozess in Gang setzen und in weiterer Folge politische Forderungen stellen zu können, können dem Internet aus deliberativer Hinsicht positive Eigenschaften zugesprochen werden: Es erleichtert die Bildung von kollektiven hermeneutischen Ressourcen, die für die Teilnahme am deliberativen Meinungs- und Willensbildungsprozess erforderlich sind. Diese sind aber auch wichtig, um alternative Modi von politischer Beteiligung zu organisieren, etwa in Form des Protests. In der Untersuchung der Frage, inwiefern das Internet zu besseren Bedingungen für politische Meinungsbildung und die Organisation von demokratischen Beteiligungsformen geführt hat, dürfen digitale Ungleichheiten, etwa in Bezug auf den Zugang zu einer Internetverbindung sowie auf erforderliche Medienkompetenzen nicht außer Acht gelassen werden. Insbesondere die Frage danach, ob neue Beteiligungsformen nicht bereits bestehende Beteiligungsmuster an der öffentlichen Debatte reproduzieren, muss in den Vordergrund gerückt werden.

b. #MeToo, die Macht des Hashtags und die Pluralisierung des öffentlichen Diskurses
Nach dieser Analyse der normativen und epistemischen Voraussetzungen des deliberativen Meinungs Austausches in der (digitalen) Öffentlichkeit untersuche ich eine weitere seiner Prämissen, nämlich die Idee, dass letztere den Problemdruck verschärfen und politische Anliegen überzeugend thematisieren sollte, so dass sie auf den parlamentarischen Komplex

Einfluss nehme (s. Habermas 1992, 435). Indem ich von der Annahme ausgehe, dass die öffentliche Sphäre sich mit Blick auf die digital vernetzte, globalisierte Welt von heute grundlegend geändert hat, zeige ich, dass der öffentliche Diskurs heute eine größere Pluralität von Stimmen zulässt, und dass diese in manchen Fällen zu einem Hebel für gesellschaftliche Entwicklungen werden kann.

Die These eines neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit, die von Fraser 2007 formuliert worden ist (s. erstes Kapitel), wird von vielen Autor:innen in der einen oder der anderen Spielart geteilt. Zizi Papacharissis' einflussreiches Werk „A Private Sphere: Democracy in a Digital World“ (2010) untersucht den Wandel der öffentlichen Sphäre durch digitale Technologien. Sie stellt die These auf, dass im 21. Jahrhundert neue Formen des Öffentlichen und Privaten verhandelt werden, in denen es mehr und mehr zu einer Verschmelzung von öffentlichen und privaten Interessen kommt. Ihr zufolge löst der private Raum (*private sphere*) in der Netzwerkgesellschaft zunehmend die Öffentlichkeit als zentralen Ort von Bürger:innenbeteiligung ab, womit neue zivilgesellschaftliche Beteiligungsformen, Erzählungen und Gewohnheiten einhergehen. Ihr zufolge hält die Metapher der öffentlichen Agora, die im Zentrum der Polis steht und von den Bürger:innen betreten wird, um die Probleme der Polis gemeinschaftlich zu verhandeln, den neuen Rahmenbedingungen der Netzwerkgesellschaft nicht stand. Durch die Entkopplung von Raum und Zeit, die von den neuen Kommunikationstechnologien in Gang gesetzt wurde und in einer von Thompson bezeichneten „despatialized simultaneity“ gipfelt (ebd., 127), wird das Zuhause, das vormals auf die privaten Angelegenheiten der Familie und des Haushalts beschränkt war, zum Ankerpunkt für die Erprobung von öffentlichen Identitäten, Narrativen und Haltungen. „Operating from a civically *privé* environment, the citizen enters the public spectrum by negotiating aspects of his/her privacy as necessary, depending on the urgency and relevance of particular situations“ (Papacharassi 2010, 132). Diese Verschiebung operiert sich vor dem Hintergrund der soziokulturellen Aufwertung der individuellen Autonomie und Kontrolle und eröffnet neue zivilgesellschaftliche Beteiligungsformen, in denen Expressivität und Darstellung zentral sind (ebd., 136). Als Beispiel dafür nennt sie Blogs oder Foren, bei denen der Ausdruck der eigenen Gedanken und Ansichten im Zentrum steht, doch es ließen sich genauso die großen *social media* Plattformen nennen, die mit immer ausgefalleneren Mitteln die Kreativität ihrer Nutzer:innen ankurbeln möchten – man denke an die Vielzahl an Filtern und Designwerkzeugen, die einem für das Erstellen einer Instagram-Story und der Erschaffung von Inhalten angeboten werden. Dieser Gedanke wird auch von Stalder (2016) getragen, der ihn folgendermaßen auf den Punkt bringt: „Expressivität, die Fähigkeit, „Eigenes“ zu

kommunizieren, gilt nicht mehr nur als Eigenschaft von Künstlern und Wissensarbeitern, sondern wird von immer breiteren Schichten der Gesellschaft verlangt und schon in der Schule vermittelt.“ (ebd., 93).

Dieses Mehr an Autonomie und Ausdruckskraft, das in die gewandelten Sphären der Öffentlichkeit Einzug findet, scheint für Van Dijk und Hacker in demokratietheoretischer Hinsicht positiv, denn es fördert eine größere Diversität der Ausdrucksformen: „It gives voices to people not heard before in the traditional public sphere of the mass society dominated by well-educated people and the information elite.“ (Van Dijk/Hacker 2018, 92). Auch Papacharissi beobachtet, dass der subjektive Fokus von Blogs und ähnlichen Foren dazu beitrage, eine Pluralität der Stimmen zu fördern und die öffentliche Agenda zu erweitern (Papacharissi 2010, 148). Mit Blick auf das deliberative Modell, das im Fokus dieser Arbeit steht, stellt sich die Frage, ob diese Ausweitung von expressiven Formen eine stärkere Inklusion bedeutet: Es scheint in erster Linie so, als könnten mehr Menschen ihren Anliegen in einer öffentlichkeitswirksamen Form Ausdruck verleihen – was dem normativen Anspruch der Theorie entsprechen würde. “With digital media applications such as social media, blogging, public chatting and reader replies on online newspapers and magazines, more voices can be raised than in the traditional media”, bemerken etwa Van Dijk und Hacker (ebd., 93). Während traditionelle Medien nach wie vor die Rolle der *gatekeeper*, also Torwächter, einnehmen und durch eine Reihe an institutionellen Codes entscheiden, welche Themen mit welchem Blickwinkel an die Öffentlichkeit gelangen, so kommt es in den sozialen Medien und anderen netzwerkbasierten *publishing tools* zur Auflösung solcher Formen von Zugangsbarrieren. Das führt, so könnte die These lauten, zu einer inklusiveren öffentlichen Debatte, die nicht mehr nur der „Bildungs- und Informationselite“ das Wort überlässt (Van Dijk und Hacker, 92), sondern eine größeren Bandbreite an Stimmen und subjektiven Erzählungen zulässt und fördert. Stellt sich diese These als valide heraus, so könnte auch Youngs‘ Kritik am deliberativen Modell und seinem hegemonialen Rationalitätsverständnis entkräftet werden: die öffentliche Debatte wäre somit nicht allein mehr vom Diskurs der herrschenden Klasse und seinem artikulierten und vernünftigen Ton dominiert, sondern würde Raum bieten für die fragenden und zögerlichen, die leidenschaftsvollen, gestikulierenden und auch die weniger gut artikulierten Stimmen der Unterdrückten.

Ein starkes Beispiel dafür, mit welcher Kraft das Internet dazu beitragen kann, die Stimmen der Unterdrückten emporzubringen und auf diese Weise den öffentlichen Diskurs nachhaltig zu verändern, zeigt der Fall #MeToo. Millionen von Frauen* weltweit hatten nach dem Aufruf

der Schauspielerin Alyssa Milano im Oktober 2017 den Hashtag in ihren sozialen Netzwerken geteilt, um zu signalisieren, dass auch sie in ihrem Leben sexuelle Belästigung oder Gewalt erlebt hatten. Laut der Journalistin Lauren Bastide hat die millionenfache Verwendung des Hashtags #MeToo einen einzigartigen öffentlichen Raum geschaffen, in dem bis dahin nicht gehörte Stimmen, Erfahrungen und Reflexionen aufkommen konnten (Bastide 2020, 152-153). Die Bewegung bewirkte auch eine medial zuvor nicht gekannte Beachtung der Stimmen von Opfern sexueller Belästigung und Gewalt und erzeugte einen Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung und Debatte über das Ausmaß von sexueller Gewalt und patriarchaler Unterdrückung. „Sans Internet, la révolution #MeToo n’aurait jamais eu lieu. Il y a une puissance du hashtag, et Internet a été, pour le féminisme, l’outil rêvé qui a pu faire surgir dans l’espace public des paroles, des expériences et des éléments théoriques, ce qu’aucun autre lieu, physique ou médiatique, n’avais encore permis” (ebd.). #MeToo zeigt auf beispielhafte Art, welches Potenzial in den neuen Technologien und sozialen Medien zur höheren Inklusion von marginalisierten Stimmen im öffentlichen Diskurs sowie zur Erhöhung des Problemdrucks auf die politischen Institutionen liegt. In ihrer Form und ihrem Ausmaß ist die Bewegung jedoch geschichtlich einzigartig – die Analyse ihrer spezifischen Umstände und Nachwirkungen würde das Ausmaß dieser Arbeit sprengen – und soll daher nicht von einer tiefergehenden Untersuchung der strukturellen Bedingungen von öffentlichem Diskurs im Netz ablenken.

Die Annahme der Ausweitung der Ausdrucksmöglichkeiten und die größere Diversität der Stimmen, die in den verschiedenen Sphären der Öffentlichkeit repräsentiert werden, muss hier kritisch untersucht werden. Denn auch wenn durch neue Medien mehr Menschen ihre Meinung mit mehr Publikum teilen können, bedeutet das nicht automatisch, dass ihre Meinungen tatsächlich Gehör finden und somit im öffentlichen Diskurs ihren Niederschlag finden. “[I]t is so much easier to speak than to be heard on the Internet” stellen Van Dijk und Hacker (2018, 44) eingangs fest, und beobachten, dass es bei der netzwerkbasierten, politischen Kommunikation zur Reproduktion von Machtstrukturen aus dem analogen Raum kommt: So seien die Fähigkeiten zur klaren Artikulierung und überzeugender Analyse ausschlaggebend dafür, wie viel Aufmerksamkeit Menschen im digitalen Raum bekämen. Erfolgreiche Blogger:innen, insbesondere im Bereich der Politik, seien keinesfalls repräsentativ von der breiten Zivilgesellschaft. Unter Bezugnahme auf eine Studie von Hindman (2008) stellen Van Dijk und Hacker vielmehr fest, dass diese „neuen Interneteliten“ von hochgebildeten, weißen Männern aus der Mittelklasse dominiert seien (ebd., 45).

Darüber hinaus muss auf einer qualitativen Ebene gefragt werden, ob sich durch das Veröffentlichen von mehr Meinungen und der damit einhergehenden, vermeintlich größeren Diversität an Stimmen tatsächlich ein öffentlicher Diskurs im Sinne der deliberativen Theorie entfaltet. Dieser zeichnet sich durch den argumentativen Austausch von Standpunkten aus und der Bereitschaft, letzteren im Zuge einer Diskussion zu ändern, wie wir bereits untersucht haben. Doch die Realität sieht in den sozialen Medien oftmals ganz anders aus: In einer Studie von Marichal (2012), in der 250 Facebook-Postings untersucht wurden, zeigte sich beispielsweise, dass deren Autor:innen lediglich Aussagen, Beobachtungen und Standpunkte posteten, sich aber kaum auf Debatten miteinander einließen. Sofern ein Austausch stattfand, ereignete sich dieser zudem bloß unter (politisch) gleichgesinnten Personen (siehe Van Dijk und Hacker 2018, 92). Dies unterstreicht die Vermutung, dass sich durch digitale Technologien zwar ein größeres Potenzial für den persönlichen Ausdruck und eine höhere Durchmischung bei den veröffentlichten Stimmen auftut, dieses aber per se keine positiven Effekte für den öffentlichen Diskurs im Sinne der deliberativen Demokratietheorie nach sich zieht. Richtige Debatte und Deliberation mit der Absicht, die Standpunkte des Gegenübers zu würdigen und somit informierte politische Urteile zu fällen, scheinen in der alltäglichen Kommunikation auf den sozialen Medien zu fehlen.

Die Zerklüftung der gegenwärtigen, öffentlichen Debatte in eine Vielzahl an Gruppen von politisch und weltanschaulich Gleichgesinnten, die kaum mehr miteinander kommunizieren und auf die Standpunkte der anderen eingehen, wird unter dem Phänomen der Polarisierung zusammengefasst (siehe etwa Sunstein 2018). Im folgenden Abschnitt analysiere ich seine epistemischen Voraussetzungen und seine Bedeutung für die gegenwärtige deliberative Demokratietheorie.

c. Filter bubbles and echo chambers: die neuen Wege der Polarisierung

Für Deliberation und sinnvolle politische Beteiligung braucht es aus epistemischer Sicht Zugang zu möglichst umfassenden Informationsquellen und Plattformen und Strukturen, die Vernetzung und Austausch fördern, wie wir im vorherigen Abschnitt analysiert haben. Das Internet hat in vieler Hinsicht dazu beigetragen, Wissen zu demokratisieren und einen niederschweligen Zugang zur politischen Debatte zu ermöglichen. Dennoch sehen wir uns heute mit teilweise stark polarisierten Debatten im Netz konfrontiert, die das Ideal der deliberativen Theorie in weite Ferne rücken. Aus der Forschungsliteratur geht vielfach hervor, dass das Internet und insbesondere die sozialen Medien dazu beigetragen haben, epistemische

Umfelder zu schaffen, die die Ausgrenzung von anderen Meinungen und Misstrauen fördern. Insbesondere zwei Phänomene müssen in den Fokus gerückt werden, um diesen Zusammenhang deutlicher zu machen: Filterblasen und Echokammern (im Engl. *filter bubbles* und *echo chambers*). Beide sind soziale Strukturen, in denen Personen einseitigen Informationslagen ausgesetzt sind und andere Informationsquellen systematisch ausblendet werden. Sie tragen aber auf unterschiedliche Weise zu einer zunehmenden Polarisierung im Netz bei und stellen die Realisierung des deliberativen Ideals infrage, wie ich nun zeigen werde.

Polarisierung erfolgt, wenn Personen im Zuge einer Diskussion dazu tendieren, den Standpunkt, zu dem sie ursprünglich geneigt waren, zu verfestigen und zu radikalieren (Sunstein 2018, 68). Anstatt auf die Argumente der Gesprächspartner:innen einzugehen und die eigenen Meinungen und Urteile zu hinterfragen und anzupassen, führt die Auseinandersetzung vielmehr zur Bestätigung der Überlegenheit der eigenen Position. “With respect to the Internet and social media” erklärt Cass Sunstein, “the implication is that groups of like-minded people, engaged in discussion with one another, will typically end up thinking the same thing that they thought before – but in a more extreme form” (ebd.). Anstatt eines Prozesses der gemeinsamen Reflexion und des Abwägens von Argumenten zu initiieren, wie es die Deliberation erfordert, verhärten sich bei einer polarisierten Diskussion die Lager und werden die Argumente der anderen Partei nicht gewürdigt. Talisse (2017) hebt hervor, dass Polarisierung nicht vom einzelnen Individuum abhängt, sondern die Folge einer Gruppendynamik ist, bei der ihre Mitglieder in eine epistemische Enklave eintauchen, also in ein kognitives Umfeld mit relativer Einstimmigkeit (Talisse 2017, 112). Den Zusammenhang zwischen Polarisierung und einseitigem Informationskonsum hat auch Stroud (2010) deutlich gemacht. Sie zeigt, dass der Konsum von Medien, die die eigenen politischen Prädispositionen widerspiegeln („partisan selective exposure“) zur politischen Polarisierung führt. Das liegt zum einen am psychologisch bestätigenden Effekt, den die Auseinandersetzung mit Argumenten hat, die die eigenen Ansichten unterstützen. Zum anderen möchten Personen von anderen Gruppenmitgliedern positiv wahrgenommen werden und sind daher eher geneigt, ihre Meinungen an denen der Gruppe anzupassen (Stroud 2010, 558).

„Partisan selective exposure“ erfolgt aber nicht nur, wenn Personen bestimmte Medien, die ihren eigenen Ansichten entsprechen, bewusst auswählen und konsumieren. Jüngere

Entwicklungen innerhalb der sozialen Medien zeigen, dass gerade dort eine *Vorauswahl* von Inhalten erfolgt, die darüber entscheidet, welche Inhalte ihre Nutzer:innen zu sehen bekommen. In seinem 2011 erschienenen Buch *The Filter Bubble: How the New Personalized Web Is Changing What We Read and How We Think* hat Pariser (2011) die Theorie der Filterblasen popularisiert. Dieser Theorie zufolge bekommen Internetnutzer:innen durch algorithmisch programmierte Filter personalisierte Suchresultate und Newsfeeds zu sehen, die auf immer mehr perfektionierte Art und Weise auf die Interessen und Einstellungen der Nutzer:innen zugeschnitten sind: „Von Algorithmen erstellte Ordnungen werden immer stärker darauf ausgerichtet, dem individuellen Nutzer seine eigene, singuläre Welt zu schaffen“ (Stalder, 189). Auf diese Weise entstehen epistemische Blasen oder *filter bubbles*, das heißt, Umgebungen mit einer hohen Konzentration an Wissen und Informationen, die sich nur auf einen Ausschnitt der Realität beziehen. Demgemäß wird laut Stalder die Welt „nicht mehr repräsentiert; sie wird für jeden User eigens generiert und anschließend präsentiert“ (ebd.). Solche Filterblasen sind nicht ausschließlich negativ, wie Nguyen (2018) bemerkt: Um die Fülle an Informationen, die in der Welt zirkulieren, zu verarbeiten, sind wir von unseren sozialen Netzwerken abhängig, die uns relevantes Wissen vermitteln. „But any such informational network needs the right sort of broadness and variety to work“, gibt er zu bedenken. Indem wichtige Perspektiven und Stimmen ausgeklammert werden, entsteht ein unausgewogenes Informationsumfeld, das sich negativ auf unsere Rolle als epistemische Akteure auswirkt: die stetige, virtuelle Umgebung mit Gleichgesinnten führt dazu, dass abweichende Meinungen kaum noch wahrgenommen werden, da sie nicht Teil des Spektrums an repräsentierten Meinungen sind. Darüber hinaus verleiht uns eine solche Filterblase ein exzessives Maß an Selbstvertrauen, so Nguyen. Da wir fast ausschließlich zustimmende Meinungen hören und kaum mit Meinungsverschiedenheiten konfrontiert werden, werden wir im Glauben gestärkt, die eigene Meinung sei die einzig richtige. Die Hinterfragung des eigenen Medienkonsums wird dazu umso schwieriger, als der Einsatz von Algorithmen auf undurchsichtige Art und Weise geschieht und Nutzer:innen keine Informationen darüber erhalten, auf Basis von welchen Kriterien ihr Newsfeed oder ihre Suchresultate generiert worden sind (Pariser 2011).¹³

¹³ Wissenschaftler:innen sind sich allerdings nicht über den Einfluss von Filterblasen auf die politischen Einstellungen von Personen einig. Manche von ihnen sind der Ansicht, dass Filterblasen keine so bedeutende Rolle einnehmen, wie ihnen vielfach zugeschrieben wird, und dass soziale Medien entgegen der gängigen Meinung sehr wohl dazu beitragen würden, mit gegensätzlichen Ansichten konfrontiert zu werden. Siehe etwa Brundidge „Encountering ‘Difference’ in the Contemporary Public Sphere: The Contribution of the Internet to the Heterogeneity of Political Discussion Networks“, 2010.

Allerdings, meint Nguyen, können Filterblasen einigermaßen leicht aufgebrochen werden: Es genüge, ihre Mitglieder mit Gegeninformationen und -argumenten zu konfrontieren, die sie bis dato nicht wahrgenommen haben. Das sei bei Echokammern nicht der Fall, weswegen diese ein viel schädlicheres und robusteres Phänomen darstellen. Während bei Filterblasen andere Stimmen schlicht nicht gehört werden, werde bei Echokammern den anderen Stimmen nicht *vertraut*, so der Autor. Dabei bezieht er sich auf Jamieson und Cappella's 2008 erschienenen Werk, in dem die Autoren folgende Definition von einer Echokammer vorschlagen: "We mean to suggest a bounded, enclosed media space that has the potential to both magnify the messages delivered within it and insulate them from rebuttal" (ebd., 76).

In ihrer Analyse beziehen sich die Autoren auf den U.S.-amerikanischen Radiomoderator Rush Limbaugh, der mit seiner gleichnamigen Radioshow wöchentlich ca. 15 Millionen Personen erreichte und damit in den 2000er und 2010er Jahren eine der einflussreichsten, aber auch kontroversesten Medienpersönlichkeiten des Landes war. Die Autoren zeichnen nach, wie Limbaugh in seinen Sendungen kontinuierlich Demokrat:innen und andere Gruppen mit konträren politischen Ansichten attackierte und diskreditierte, und wie er damit einen wesentlichen Beitrag zur Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft leistete. Der Begriff der Echokammer wird dabei eingeführt, da Limbaugh eine Medienumgebung schuf, in der seine eigenen Ansichten vielfach verstärkt und durch Widerhall in verwandten Medien amplifiziert wurden, so dass ein gemeinsamer, auf Ausschluss und Abgrenzung beruhender Bedeutungshorizont entstehen konnte (ebd., 76). Inwiefern sich dies von einer einfachen Filterblase unterscheidet, erklärt Nguyen folgendermaßen:

According to Jamieson and Cappella's data, Limbaugh's followers regularly read – but do not accept – mainstream and liberal news sources. They are isolated, not by selective exposure, but by changes in who they accept as authorities, experts and trusted sources. They hear, but dismiss, outside voices. Their worldview can survive exposure to those outside voices because their belief system has prepared them for such intellectual onslaught. (Nguyen 2018)

Das Entscheidende ist bei Echokammern demnach, dass konträre Ansichten und Meinungen sehr wohl rezipiert werden, aber ihnen durch die systematisch betriebene öffentliche Anzweiflung und Verleumdung nicht vertraut wird – sie werden als unwahr und gefährlich dargestellt. In dieser Hinsicht sind laut den Autor:innen Echokammern mit einem Kult zu vergleichen, bei dem die Mitglieder von äußeren Informationsquellen abgeschottet werden und diese als bösartig und nicht vertrauenswürdig dargestellt werden (Jamieson und Cappella 2008). In epistemischer Hinsicht stellen Echokammern eine weitaus größere Hürde dar, um

Dialog und politische Debatte zu initiieren als Filterblasen. Sie erfordern einen tiefgreifenden Wandel der Einstellungen und Haltungen ihrer Mitglieder, der nicht durch die Konfrontation mit gegensätzlichen Ansichten allein erzeugt wird (ebd.).

In einem Umfeld, in dem Anfeindungen von Andersdenkenden geläufig sind und der rationale, wohlüberlegte Austausch von Ideen und Argumenten dem Widerhall von immer gleichen Meinungen gewichen ist, findet die deliberative Demokratie keinen guten Nährboden vor. Dies wird zusätzlich durch den Umstand verstärkt, dass Personen, die sich öffentlich äußern und am Diskurs teilhaben, immer wieder angefeindet und öffentlich verleumdet werden (siehe etwa Brodnig 2016). Was das für die Debatte in der Gesellschaft bedeutet, beleuchte ich im abschließenden Abschnitt dieses Kapitels.

d. Hass im Netz: Wer wird *gesilenced*?

Präsenz in den sozialen Netzwerken sowie die Teilnahme am öffentlichen Diskurs geht vielfach einher mit Formen von sprachlicher Gewalt und Hass.¹⁴ Diese richten sich oft gegen bestimmte, benachteiligte Gesellschaftsgruppen und haben negative Folgen nicht nur für die betroffenen Individuen selbst, sondern auch für die demokratische Debatte, wie wir gleich sehen werden. Doch was verstehen wir genau unter Gewalt im Netz und *Hatespeech*?

Gewalt im Netz nimmt viele Formen an und reicht von Phänomenen wie Beschimpfungen und sexueller Belästigung bis zu Cybermobbing, Stalking und *Hatespeech*. Die Autor:innen der 2018 durch den Weissen Ring durchgeführten Studie gehen von folgender Definition aus:

Gewalt im Netz ist **jede sprachliche** (durch Schrift oder aufgezeichnete Sprache) **oder darstellende** (durch Bild oder Video) **Äußerung**, verbreitet oder zugestellt **durch das Medium Internet**, die von unmittelbaren und/oder mittelbaren EmpfängerInnen als **bedrohlich, herabwürdigend oder verunglimpfend empfunden** wird oder durch die die EmpfängerInnen sich in ihrer **Lebensgestaltung auf unzumutbare Weise beeinträchtigt fühlen**.¹⁵

¹⁴ Die Studie „Gewalt im Netz gegen Frauen und Mädchen in Österreich“ aus dem Jahr 2018 zeichnet ein klares Bild vom Ausmaß der Gewalt, der Frauen und Mädchen im Netz ausgesetzt sind. Eine von drei befragten Frauen und Mädchen gab im Rahmen dieser Studie an, innerhalb des letzten Jahres zumindest einmal Gewalt im Internet erlebt zu haben. Insbesondere die Altersgruppe 15-18 Jahre nimmt einen starken Anteil davon ein, mit bis zu 68% Betroffenheit. „Gewalt im Netz gegen Frauen und Mädchen in Österreich“, WEISSER RING Verbrechensofferhilfe/Forschungszentrum Menschenrechte, 2018.

¹⁵ „Gewalt im Netz gegen Frauen und Mädchen in Österreich“, Studie des WEISSER RINGS Verbrechensofferhilfe mit dem Forschungszentrum Menschenrechte, 2018. Seite 28.

Hatespeech ist ein Phänomen, wodurch sprachliche Gewalt (im Netz, aber auch in der nicht-virtuellen Welt) ausgeübt wird. In der einschlägigen Literatur, die philosophische, rechtswissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Disziplinen umfasst, haben sich vier Erklärungsmodelle herauskristallisiert, die teilweise ineinandergreifen und versuchen, das Phänomen zu definieren: Das erste Modell geht von dem *Schaden* aus, den es bei den Adressaten anrichtet (etwa Diskriminierung oder Gewalt), während das zweite Modell von seinen *Inhalten* ausgeht, insofern diese Hass gegen eine bestimmte Gruppe von Menschen schüren. Ein weiteres Modell erklärt Hatespeech anhand von *intrinsischen Eigenschaften* – man könne es festmachen an der Sprache, die von der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft als beleidigend empfunden werde – und schließlich geht das letzte Modell von der *Würde des Menschen* aus, die dadurch angegriffen werde (siehe Anderson/Barnes 2022). Besonders hervorzuheben sind in diesem Kontext die Forschungen Judith Butlers‘ (1997), die sich auf die Sprachtheorie von J. L. Austin stützen, insbesondere seiner Theorie der performativen Sprechakte. Austin zufolge könne man zwischen illokutionären und perlokutionären Sprechakte unterscheiden, die verschiedene Bedeutungen haben (Austin 1986). Während illokutionäre Sprechakte im Moment des Sprechens bereits das Gesagte tun (z.B. der Satz „ich gelobe“), führen perlokutionäre Sprechakte zu bestimmten Folgen, die über das Sprechen hinausgehen (z.B. Lachen als Reaktion auf einen Witz). Butler beobachtet, dass Hatespeech sowohl als illokutionärer als auch als perlokutionärer Sprechakt interpretiert werden könne. Zum einen werde laut dem illokutionären Modell mit der Hassrede ein Schaden im Akt des Sprechens selbst angerichtet – es handle sich dabei um die *Performance* einer Verletzung, wo die Verletzung als soziale Unterwerfung zu verstehen sei. „What hate speech does, then“, schreibt Butler, “is to constitute the subject in a subordinate position.” (ebd. 19). Zum anderen ist Hatespeech auch immer perlokutionär, insofern es bestimmte Folgen nach sich ziehe, die über den Sprechakt hinausgehen (ebd., 40). Dazu zählen etwa eine psychologische Verletzung, Angst oder gesellschaftlicher Rückzug (Anderson/Barnes 2022). Dies deckt sich mit den Beobachtungen der Studie des Weissen Ring, wonach Opfer von Gewalt im Netz starke psychische, emotionale und psychosomatische Folgen erleben, sowie hohen Stress, Angst- und Panikgefühle, Schlafstörungen sowie Selbstzweifel und Schamgefühle (a.a.O., 65 ff.). Online-Gewalt hat aber auch starke soziale Konsequenzen, sowie der Rückzug aus den sozialen Netzwerken, in denen die Gewalt erlebt wurde, und die Einführung von Sicherheitsvorkehrungen mit Auswirkungen auf das Sozialleben, sowie die Änderung der Telefonnummer oder gar der Umzug (ebd., 69).

Laut einer Studie von Amnesty International ändern bis zu 76% der Frauen, die Gewalt oder Belästigung im Netz erfahren haben, ihr Verhalten in den sozialen Netzwerken (Dhrodia 2017). Das kann bedeuten, dass sie die Inhalte, weswegen sie angefeindet werden, weniger stark thematisieren, dass sie ihre öffentliche Präsenz vermindern, oder sogar, dass sie ihre Accounts löschen (ebd.).

Das selbstgewählte Leiser-Treten als Folge von einer erlebten Abwertung der eigenen Erfahrungen und Überzeugungen (die in extremen Varianten, wie diesen, auch persönliche Anfeindungen und Gewaltbotschaften beinhalten kann) wird in der Forschungsliteratur als „silencing“ gewertet. In *Hass im Netz* definiert Ingrid Brodnig „silencing“ als „Zermürbungstaktik, so lange aggressiv zu Andersdenkenden zu sein, bis sich diese frustriert aus einer Diskussion zurückziehen“ (Brodnig 2016, 216).¹⁶ Insofern damit die epistemischen Voraussetzungen für einen freien Meinungsaustausch angegriffen werden, vermindert dieses Phänomen die Qualität des öffentlichen Diskurses.

Eine zentrale Eigenschaft der öffentlichen Sphäre laut dem deliberativen Modell von Habermas ist, dass sie die Herausbildung einer Pluralität von öffentlichen Meinungen sicherstellt (Habermas 2006, 416). Die öffentlichen Anfeindungen und Hassnachrichten, denen kritische Journalist:innen, Aktivist:innen und auch Privatpersonen ausgesetzt sind, und ihr daraus resultierender Rückzug aus den sozialen Medien, bringen die freie Meinungsäußerung allerdings in Gefahr. Damit einher geht eine Verarmung des Meinungspluralismus, die sich zum Nachteil von unterdrückten Gruppen auswirkt: eine aufgeklärte demokratische Debatte setzt voraus, dass alle gruppenbezogenen Interessen und Stimmen vertreten und gehört werden. Wenn aber eine Gruppe auf systematische Weise zum Stillschweigen gebracht wird und ihre Meinungen und Überzeugungen nicht teilen kann, dann fehlen dem Diskurs wichtige Perspektiven und werden politische Entscheidungen in weiterer Folge auf Grundlage einer verkappten Meinungs- und Willensbildung gefällt (siehe Gelber 2017). Gelber (2017) ist deshalb der Ansicht, dass Hatespeech eine ernstzunehmende Gefahr für soziale Gerechtigkeit darstellt (ebd., 625).

Demnach zeigt sich, dass Hass im Netz ein wesentlicher Aspekt ist, der einer Realisierung von einem offenen und freien Diskurs im Sinn der deliberativen Theorie unter den aktuellen Umständen im Weg steht. Um die Voraussetzungen zu schaffen, damit letzterer auch in der

¹⁶ Eine Analyse der epistemischen Praktiken, die dahinterstehen, findet sich bei Kristie Dotson (2011): „Tracking Epistemic Violence, Tracking Practices of Silencing,” *Hypatia: A Journal of Feminist Philosophy*, 26(2): 236–257.

digital vernetzten Welt möglich ist, braucht es nicht nur ziviles Engagement (in Form von Gegenrede und dem Melden von untergriffigen Kommentaren an Facebook und andere Plattformen), sondern vor allem technische, politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die jeglichen Formen von Hassrede und damit der Unterminierung des Diskurses einen Riegel vorschieben (Brodnig 2016).

2.3. Fazit: Verkehrung des deliberativen Ideals?

In diesem Kapitel ging es um die Frage, ob die praktischen Möglichkeiten, die das Internet für die öffentliche Meinungsbildung geschaffen hat, zu einer Verbesserung der Bedingungen für die deliberative Demokratie geführt hat, und wie diese Entwicklungen aus Sicht der deliberativen Theorie bewertet werden.

Dabei hat sich zum einen gezeigt, dass institutionalisierte Deliberationsforen eine Reihe an Vorteile bringen (Anonymität, Inklusion), die aus demokratietheoretischer Sicht zu würdigen sind, aber damit jedoch keine strukturellen Ungleichheiten abgeschafft werden. Danach haben wir die epistemische Rolle von freiem Informationszugang und (politischer) Vernetzung im Prozess der öffentlichen Meinungsbildung untersucht und haben festgestellt, dass das Internet und die sozialen Medien dessen Voraussetzungen teilweise verbessern konnten. Aber obwohl sie dazu beigetragen haben, den öffentlichen Diskurs niederschwelliger zu gestalten und eine größere Pluralität von Meinungen zuzulassen, zeichnen sich aktuell antidemokratische Tendenzen in der öffentlichen Meinungsbildung ab. Mit Sunstein und anderen Autor:innen beobachten wir, dass der digitale Raum mit Echokammern durchdrungen ist, in denen es zu einseitigem Informationsaustausch kommt und gegensätzliche Ansichten ausgeschlossen und teilweise sogar diskreditiert werden. Hinzu kommt, dass die öffentlichen Anfeindungen, denen Personen ausgesetzt sind, die auf Twitter oder anderen sozialen Medien den Diskurs mitgestalten, vielfach zu selbstgewählten Formen des Stillschweigens führen, die den Diskurs verzerren und in Gefahr bringen. Es zeigt sich damit, dass der öffentliche Diskurs im Netz heute kaum dem normativen Ideal der deliberativen Theorie ähnelt. So scheint es, als haben die neuen Technologien zur Vernetzung nicht den gewünschten positiven Effekt auf demokratische Kommunikation, der ihnen noch in den 2000er Jahren zugesprochen wurde, etwa bei Coleman und Blumler (2009). Macht sich die deliberative Theorie angesichts dieser Entwicklungen obsolet, wie etwa Han (2013) nahelegt?

Talisso (2017) geht im Gegenteil davon aus, dass das Interesse an der deliberativen Theorie nicht nachgelassen habe und sogar, durch die kommunikativen und technologischen Fortschritte im 21. Jahrhundert befeuert, zu einer „deliberativen Wende“ geführt habe. So schreibt er, dass „contemporary democratic politics has become increasingly focused on facilitating citizen participation in the public exchange of reasons“ (ebd., 107). Jedoch seien die vielen politischen Diskussionen, die in Abendfernsehprogrammen und in den Kommentarfeldern über soziale Medien ausgetragen werden, nicht mit Diskussionen im Sinne der deliberativen Demokratietheorie zu vergleichen: Oftmals gehe es dabei nicht darum, den eigenen Standpunkt zur Probe zu stellen, sondern vielmehr ihn vor einem Publikum so zu inszenieren, dass es emotional bewegt wird und darin den eigenen Standpunkt bekräftigt sieht. Argumentierende nutzen dabei den Umstand aus, dass Zusehender oftmals nicht gut informiert sind und bauen darauf argumentative Taktiken auf, die eine polarisierende Dynamik in Gang setzen: etwa, indem der entgegengesetzte Standpunkt durch dialektische Täuschung so präsentiert wird, als könne er keine ernstzunehmende Alternative darstellen (ebd., 117). Das führt dazu, dass es ein Überangebot an politischen Auseinandersetzungen gebe, die nicht dem vernunftgeleiteten Abwägen von Argumenten diene, sondern politische Gräben bilde. Talisso urteilt angesichts dessen, dass wir aktuell in einer *Simulation* von deliberativer Demokratie leben, die ihre ursprünglichen Ideale der vernunftgeleiteten Kommunikation verkehre (ebd.). Um diesen polarisierenden Tendenzen in der öffentlichen Debatte entgegenwirken zu können, brauche die deliberative Theorie stärkere epistemische Anforderungen in Form einer epistemologischen Ethik. Damit gemeint ist ein Set an Normen, die vorschreiben, was wir unseren Gesprächspartner:innen und Zuhörer:innen in epistemischer Hinsicht schuldig sind. “These norms will include prescriptions outlining when one must concede a critic’s point, revise one’s view, change sides, be silent, admit one’s error, suspend judgement for the purpose of gathering more information, and much else” (ebd., 119). So zeigt sich abschließend also, dass die deliberative Demokratietheorie der tiefgehenden konzeptuellen Weiterentwicklung bedarf, um den aktuellen Herausforderungen, die das Netz zutage fördert, zu begegnen. Ausgehend von diesen Beobachtungen rund um deliberative Praxis befasse ich mich im folgenden Kapitel mit weiteren virtuellen Formen der zivilgesellschaftlichen Teilhabe am demokratischen Geschehen und untersuche, wie die partizipative Demokratietheorie diese bewertet.

3. Digitale Partizipationsformen aus Sicht der partizipativen Demokratietheorie

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts kann in den Ländern des globalen Nordens ein quantitativer wie qualitativer Zuwachs an partizipativen Praktiken beobachtet werden. Für viele Autor:innen stellt Partizipation ein zentrales Merkmal unserer liberal-kapitalistischen Gesellschaften dar, wie Buchtitel und Journalartikel mit Referenz auf eine vermeintlich uns auszeichnende „participatory condition“ oder eine „participatory revolution“ vermuten lassen (Jörke 2011, Barney et al. 2016). Neben der Vervielfältigung von soziokulturellen Praktiken der Partizipation erfährt auch demokratische Beteiligung eine zunehmende Ausdifferenzierung: Institutionalisierte Beteiligungsformate wie Bürgerinitiativen, Referenda oder partizipative Haushalte gehören mittlerweile zum etablierten Repertoire demokratischer Praxis (Jörke 2011, Pateman 2012). Daneben lässt sich auch ein Zuwachs an neuen, zivilgesellschaftlichen Formen von demokratischer Partizipation beobachten, von denen viele digitale Elemente aufweisen (Jörke 2011, Fielitz und Staemmler 2020). Besonders interessant dabei ist, dass einerseits bestehende Muster von bürgerschaftlicher Beteiligung in den digitalen Raum übertragen werden, und dass sich andererseits partizipatorische Praktiken zunehmend an den digitalen Infrastrukturen selbst anpassen (Fielitz und Staemmler 2020). Doch wie werden diese neuen Partizipationsformen aus der Perspektive der partizipativen Demokratie gewertet? Auch wenn es scheinen mag, als ob wir ihrem Ideal dank innovativen, digitalen Beteiligungsverfahren einen Schritt näherkommen, muss kritisch hinterfragt werden, für wen diese zugänglich sind und welche konkrete politische Auswirkungen diese nach sich ziehen.

Um diese Fragestellung zu untersuchen, werde ich zunächst den Blick auf institutionalisierte Beteiligungsverfahren legen, sowie etwa online-Abstimmungen oder partizipativen Haushaltsplänen. Diese entsprechen den klassischen Partizipationsinstrumenten, die auch in verschiedenen Varianten in der partizipativen Theorie vorgeschlagen werden, und ihre verstärkt digitale Umsetzung scheint auf den ersten Blick geeignet zu sein, um mehr Bürger:innenbeteiligung zu erzielen. Jedoch müssen sie aus partizipativer Sicht an ihrer Fähigkeit gemessen werden, politische Wirksamkeit und Zugänglichkeit sicherzustellen, wie sich zeigen wird. Anschließend möchte ich den Fokus auf zivilgesellschaftliche Formen der Beteiligung verlegen. Da direkte Aktionen wie Demonstrationen oder Streiks nicht im Fokus der Theorie stehen, lege ich zunächst dar, wieso aktivistische Praxis eine wichtige Rolle für sie einnimmt. Erst dann nehme ich explizit digitale Beteiligungspraktiken wie etwa den Klick- oder Hashtag-Aktivismus in den Blick und frage, wie diese aus Sicht der partizipativen Theorie

gelesen werden. Dabei wird sich zeigen, dass diese zwar als Ausgangspunkt für das Erlernen von Partizipation betrachtet werden können, aber auch, dass ihre letztliche Beurteilung von Faktoren wie ihrer Effektivität und Inklusivität abhängt.

3.1. Institutionalisierte E-Beteiligung

Stellen wir uns vor, jede:r Bürger:in in Österreich bekäme automatisch Zugang zu einem Webportal, auf dem sie sich mit anderen Bürger:innen über politische Fragen austauschen und Vorschläge machen könnte, welche Themen vom Nationalrat behandelt werden sollten, und auf dem sie über die Vorschläge ihrer Mitbürger:innen unkompliziert abstimmen könnte. Mithilfe von kollaborativen Verfahren könnte sie sich darüber hinaus aktiv an der Ausarbeitung von neuen Gesetzen, Verordnungen und Aktionsplänen beteiligen und über das Budget des Staatshaushaltes abstimmen. Die Entscheidungen, die im Zuge dieses umfassenden digitalen Beteiligungsverfahrens getroffen wären, würden auf politischer Ebene umgesetzt werden und die Bürgerinnen könnten auf diese Weise das politische und soziale Leben in Österreich nachhaltig mitgestalten. Dieses Gedankenexperiment, denken Sie sich jetzt vielleicht als Leser:in, geht weit an der Realität vorbei und entspringt einer abstrakten *digital democracy*-Vision. Das 2015 initiierte online-Bürgerbeteiligungsverfahren *Decide Madrid* zeigt jedoch, dass eine solche Vision zumindest auf kommunaler Ebene gelebte Realität sein kann. Der nächste Abschnitt analysiert neue demokratische Partizipationsformen wie jene aus Madrid und untersucht, inwiefern sie sich in die partizipative Demokratietheorie einschreiben.

a. Eine Stadt entscheidet. Modalitäten von e-Beteiligungsverfahren am Beispiel Madrid

Mit E-Beteiligung, im englischen *e-participation*, sind Verfahren gemeint, bei denen Bürger:innen über digitalen Weg an regierungspolitischen Agenden Einfluss nehmen. Sie können von Regierungen und Behörden initiiert werden (etwa bei institutionalisierten Beteiligungsverfahren) oder auch von den Bürger:innen selbst (z.B. bei Petitionen oder Referenden). Laut Van Dijk und Hacker, denen wir schon im zweiten Kapitel begegnet sind (2018), nimmt *e-participation* mehrere Dimensionen an, nämlich erstens den Zugang zu öffentlichen Informationen durch Bürger:innen, zweitens ihre Einbindung in deliberative Verfahren und drittens ihre Beteiligung an politischen Entscheidungen. Darüber hinaus beziehen sie sich auf mehrere konkrete Phasen der Ausarbeitung von politischen Plänen: Agenda Setting, inhaltliche Vorbereitung, Entscheidungsfindung, Durchführung und

Evaluation. Über digitale Plattformen nehmen Bürger:innen somit auf einzelne oder mehrere dieser Ebenen Einfluss.

Eine weit verbreitete Form von *e-participation* stellen online-Petitionen dar, bei denen Unterzeichnende mit nur wenigen Klicks ihre Unterstützung von bestimmten gesellschaftlichen Anliegen bekunden können. Werden dabei bestimmte institutionelle Vorgaben eingehalten, etwa ihre gesetzliche Anmeldung sowie eine Mindestanzahl an Unterzeichner:innen, können daraus institutionalisierte Verfahren erwachsen, so wie in Österreich das Volksbegehren. Durch die wachsende Digitalisierung konnten die Mobilisierung rund um sowie die Unterzeichnung von Petitionen und Volksbegehren wesentlich vereinfacht werden. So können zivilgesellschaftliche Organisationen mit weitaus weniger Ressourcen professionelle Kampagnen im Netz durchführen, um Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu mobilisieren (Fielitz und Staemmler 2020, 433). Einzelpersonen können anschließend relevante Petitionen unterzeichnen, ohne dafür das nächste Magistrat aufsuchen zu müssen. Daher scheinen online-Petitionen viel effektiver darin zu sein, eine hohe Anzahl an Unterschriften einzusammeln, um bestimmte Agenden auf die Tagesordnung ins Parlament zu bringen (Van Dijk und Hacker 2018, 74).

Das eingangs erwähnte *Decide Madrid*-Projekt von der Stadt Madrid stellt ein besonders interessantes Beispiel von E-Beteiligung dar, da es die eben angesprochenen, verschiedenen Policy-Ebenen integriert. *Decide Madrid* wurde 2015 gestartet und konnte Ende 2018 um die 400.00 registrierte Personen verzeichnen. Die Open Source Plattform Consul, die dafür eingesetzt worden ist und mittlerweile von über hundert Institutionen aus 33 Ländern übernommen worden ist, stützt sich konkret auf fünf Säulen der Bürgerbeteiligung: Diskussionen über kommunalpolitische Themen, Vorschläge von Bürger:innen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen über regelungsbedürftige Themen, Abstimmungen über ebensolche oder von der Stadtregierung eingebrachte Vorschläge, partizipative Bürgerhaushalte sowie kollaborative Prozesse zur weiteren Ausarbeitung von Beschlüssen (siehe Royo, Pina und Garcia-Rayada 2020, 8). Im Zuge des Projekts konnten auf Initiative der Bürger:innen unter anderem ein einheitliches Ticket für den öffentlichen Nahverkehr sowie eine autofreie Innenstadt zur Abstimmung gebracht und umgesetzt werden. Das Projekt, das 2018 von den Vereinten Nationen mit dem „Public Services Award“ ausgezeichnet worden ist, illustriert auf anschauliche Weise, wie partizipative Demokratieverfahren mithilfe von

digitalen Technologien umgesetzt und ausgestaltet werden kann. Doch wie wurde es in der Praxis bewertet?

In ihrer Fallstudie zu *Decide Madrid*, für die sie unter anderem Interviews mit beteiligten Teilnehmer:innen und Politiker:innen durchgeführt haben, stellen Royo, Pina und Garcia-Rayada (2020) fest, dass die Evaluierung der Initiative von den gewählten Kriterien und Perspektiven abhängt. Als kritische Erfolgsfaktoren des Projekts sehen sie das Beteiligungslevel der Bevölkerung, die ihm zugesprochene demokratische Legitimität, die Transparenz des Verfahrens, der tatsächliche Einfluss auf Entscheidungsprozesse sowie die Kontinuität des Verfahrens. Gemessen an diesen Faktoren könne das Projekt insgesamt als erfolgreich und als eine wegweisende Initiative für E-Beteiligung angesehen werden. Dennoch bestünde Raum für Verbesserung, insbesondere in Bezug auf Transparenz, Möglichkeiten für Feedback vonseiten der Teilnehmer:innen sowie geäußerte Bedenken hinsichtlich der Datensicherheit.

Eine ähnliche Einschätzung der kritischen Erfolgsfaktoren von E-Beteiligungsverfahren findet sich bei Van Dijk und Hacker (2018). Für die Autoren sind diese ambivalent zu beurteilen. Sie erkennen zwar einerseits an, dass dadurch neue, attraktive Möglichkeiten zur Kommunikation zwischen Bürger:innen und Regierung geschaffen werden. Onlinepetitionen beispielsweise seien viel effektiver darin, eine hohe Anzahl an Unterschriften einzusammeln, um bestimmte Agenden auf die Tagesordnung ins Parlament zu bringen. Dennoch bestünden viele Schwierigkeiten und Ungleichheiten in der Implementierung. Allen voran dürfe bei der Implementierung und Beurteilung von digitalen Beteiligungsverfahren der *digital divide* nicht ausgeklammert werden, um strukturelle Barrieren zur politischen Beteiligung (etwa durch den ungleichen Zugang zu digitalen Infrastrukturen oder den ungleichen Grad an digitaler Bildung) zu beseitigen. Darüber hinaus beobachten sie, dass die konkreten Outcomes der Verfahren für die Beteiligten – sowohl Bürger:innen als auch Politiker:innen – oftmals unbefriedigend seien, was das Vertrauen in partizipatorische Projekte senken könne. Dies sei insbesondere der Fall, wenn Regierungen nicht dazu bereit seien, Bürger:innen zentrale Entscheidungskompetenzen zu überlassen (ebd., 187).

E-Beteiligungsprojekte stellen einen innovativen und niederschweligen Weg dar, um Bürger:innen in regierungspolitische Prozesse einzubinden. Projekte wie *Decide Madrid* zeigen, dass auf diesem Weg partizipative Entscheidungen auf kommunalpolitischer Ebene

getroffen werden können. Diesem Positivbeispiel stehen allerdings unzählige Projekte gegenüber, welche sich Bürger:innenbeteiligung zwar an die Fahne heften, aber wenig mit genuiner Partizipation zu tun haben. Was dafür erforderlich ist, und wieso e-participation-Projekte aus partizipativ-demokratischer Perspektive mit Zurückhaltung zu bewerten sind., untersuche ich im nächsten Unterkapitel mithilfe von Patemans‘ Kritik an partizipativen Haushalten (2012).

b. Mehr Beteiligung ist nicht gleich mehr Demokratie

In *Participatory Democracy Revisited* beobachtet Carol Pateman (2012), dass es seit den 1990er Jahren zu einem gesteigerten Interesse an partizipativer Politik (*participatory governance* oder *co-governance*) gekommen ist. Insbesondere greift sie den weltweiten Anstieg von partizipativen Haushalten (*participatory budgeting*, PB) in den letzten Jahrzehnten auf, deren Ursprung auf die 1980er Jahre in Porto Alegre, Brasilien, zurückgeht. PB ist eine (kommunale) Form der Bürger:innenbeteiligung, bei der Bürger:innen einer Stadt, eines Bezirks oder einer anderen Verwaltungseinheit in einem deliberativen Prozess über die Zuteilung von Budgetposten mitbestimmen und entscheiden können. Unter anderem wegen seiner erfolgreichen Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen (mit einem hohen Anteil an Frauen und sozial Benachteiligten) und der nachhaltigen Umverteilung von Ressourcen innerhalb der Stadt über mehr als zwei Jahrzehnte, stellt das Beispiel Porto Alegre ein erprobtes Modell für bürgerschaftliche Haushaltsbeteiligung dar. Seit Beginn des 21. Jahrhundert wird eine rasche Ausdehnung von PB in anderen Ländern Südamerikas und Europas verzeichnet, was die Autorin jedoch argwöhnisch betrachtet. Bei vielen dieser Projekte würden die Bürger:innen bloß eine beratende Funktion einnehmen oder nur über die Zuteilung von zusätzlich freigemachten Budgetmitteln entscheiden, und somit von den eigentlichen Budgetentscheidungen ausgeschlossen sein (ebd., 14). Trotz der relativen Nutzen für die beteiligten lokalen Gemeinschaften – etwa ein besserer Informationsfluss oder Erfahrungen für die Bürger:innen in Beteiligungspraktiken – stellen diese laut Pateman keine Fälle von „participatory budgeting“ im eigentlichen Sinn dar.

Pateman’s Urteil gründet auf zwei Beobachtungen, nämlich: „Most of the examples being called participatory budgeting fit very easily within existing authority structures, and citizens are not participating, as a matter of right, in decisions about their city’s or town’s regular budget“ (ebd.). Zum einen bezieht sie sich hier also auf das fehlende Potenzial von Beteiligungsprojekten, strukturelle (und nicht bloß oberflächliche) Veränderungen

hervorzurufen, und zum anderen auf die fehlende rechtliche Verbindlichkeit, alle Bürger:innen in den Prozess einzubinden. Dieses Urteil schreibt sich in ihre Theorie der partizipativen Demokratie als Vehikel zur „Demokratisierung der Demokratie“ ein. Zur Erinnerung, dieses Leitmotiv verweist auf Veränderungen, die unser soziales und politisches Leben demokratischer machen sollen und Personen die Möglichkeiten geben sollen, sich in ihrem alltäglichen Leben und im politischen System an Entscheidungen beteiligen zu können (ebd., 10). Gemeint ist damit nicht etwa die Schaffung von neuen Gremien, die innerhalb der bestehenden Institutionen politische Entscheidungen legitimieren sollen, sondern strukturelle Veränderungen, die die Bürger:innen rechtlich dazu ermächtigen, sich an grundlegenden Entscheidungen in ihrer Gesellschaft zu beteiligen und bestehende Machtstrukturen infrage zu stellen. „My view of what is taking place“, schreibt Pateman allerdings in Bezug auf das steigende Interesse an partizipativer Politik, “is that, for the most part, we are seeing an expansion of participation and an extension of citizenship, but not the beginnings of democratization and the creation of a participatory society” (Pateman 2012, 14). Neue, innovative Beteiligungsprojekte so wie partizipative Haushalte, die sich bloß darauf beschränken würden, Bürger:innen die Möglichkeit zur punktuellen Teilnahme zu geben ohne dabei einen bindenden Charakter zu haben, entsprechen nicht dem grundlegenden Gedanken der partizipativen Demokratietheorie – nämlich die Gesellschaft von Grund auf zu demokratisieren.

Patemans‘ Kritik an den neuen Gestalten von partizipativen Haushalten erscheint mir für die Evaluierung von digitalen Beteiligungsformen essenziell. Wenngleich in den letzten zwei Jahrzehnten durch die Digitalisierung eine Vielzahl an neuen Möglichkeiten zur politischen Beteiligung entstanden sind, tragen diese nicht zwingend zu einer Demokratisierung der Gesellschaft bei. Um das zu erreichen, müssen alle Personen befähigt werden, an politischen Entscheidungen teilzuhaben und Veränderungen innerhalb ihrer Gesellschaft zu bewirken. Das setzt eine qualitativ gehaltvolle Beteiligung voraus, bei der Entscheidungen nicht von Anfang an festgelegt sind, sondern tatsächlich partizipativ mitgestaltet werden können. Damit sollen genuine Veränderungen von bestehenden Strukturen und Institutionen ermöglicht werden, was allerdings bei vielen partizipativen Projekten oftmals nicht der Fall ist (Pateman 2012, 15). Es setzt auch eine egalitäre Beteiligung voraus, bei der alle betroffenen Personen gleichermaßen in den Prozess eingebunden sind.

Gerade unter dem Gesichtspunkt des gleichen Zugangs zu Beteiligungsforen sind große Defizite zu verzeichnen. In seinem Aufsatz „Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie“ (2011) kritisiert Dirk Jörke, dass politische Beteiligung, ob nun traditionell bei Wahlen oder bei unkonventionellen Formen der politischen Beteiligung, mithin zu einer „Spielwiese der Modernisierungsgewinner“ zu werden droht (ebd., 16). Gemeint ist damit die Beobachtung, dass sich Angehörige der unteren, bildungsfernen Schichten immer mehr „aus den Kanälen der demokratischen Beteiligung zurückziehen“, und zwar sowohl was parteipolitische Beteiligung und Wahlen betrifft, als auch – und in einem noch stärkeren Maß – im Rahmen von unkonventionellen Formen der Beteiligung.¹⁷ Aufgrund von dieser auseinanderdriftenden Dynamik könne eine zunehmende Verletzung des „demokratischen Versprechens“ der sozialen Inklusion beobachtet werden, so der Autor. Diese normative Erwartung an die Demokratie bezeichnet das doppelte Versprechen der gleichen politischen Teilhabe und der Angleichung der sozialen und ökonomischen Lebensverhältnisse. Wenn Jörke sich in seiner Argumentation auf Colin Crouch in *Postdemokratie* (2008) stützt, kommen Varianten dieses egalitären Gedankens auch bei partizipativen Demokratietheoretikern zum Ausdruck. C. B. MacPhearson vertritt etwa die Ansicht, dass die Voraussetzung für eine auf umfassende Bürgerbeteiligung beruhende Demokratie die Verminderung von sozialen und ökonomischen Ungleichheiten in der Gesellschaft ist (MacPhearson 1983, 117). Auch für Pateman wird formale politische Gleichheit erst durch die Abwesenheit von ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen ermöglicht, was unter anderem in ihrer Forderung nach einem universellen Grundeinkommen als Garant von *democratic citizenship* zum Ausdruck gebracht wird.¹⁸

c. Fazit

Wenn die Ausweitung von unkonventionellen, digitalen Bürger:innenbeteiligungsverfahren zu einer höheren und qualitativ wertvolleren Beteiligung der Bevölkerung im Sinne der partizipativen Demokratie erfolgen soll, dann, haben wir festgestellt, müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein. Erstens müssen die entsprechenden Verfahren sicherstellen, dass den Beteiligten zentrale Entscheidungskompetenzen zukommen und genuine Veränderungen der Strukturen und Institutionen, in dessen Rahmen sie stattfinden, möglich sind. Zweitens

¹⁷ Jörke nennt in dem Zusammenhang Bürgerkonferenzen, runde Tische oder Konsensuskonferenzen. Als Gründe für diesen Rückzug aus politischen Beteiligungsprozessen werden einerseits Politikverdrossenheit und Enttäuschung der Wähler:innen genannt, andererseits auch die fehlenden Ressourcen, um sich an argumentativen Verfahren erfolgreich zu beteiligen (dazu zählen etwa Zeit, rudimentäre Sachkenntnisse sowie rhetorische Fähigkeiten). Siehe Jörke a.a.O., S. 15-16 und auch weiterführend: Serge Embacher, *Demokratie! Nein danke? Demokratieverdrossen in Deutschland*, Berlin 2009.

¹⁸ Siehe Goatcher (2006), 222-223, Pateman (2004)

muss mindestens der formal gleichberechtigte Zugang aller Bürger:innen zu den Verfahren sichergestellt sein – in einer stärkeren Lesart müssen die sozialen und ökonomischen Voraussetzungen vorhanden sein bzw. geschaffen werden, damit alle auch tatsächlich gleichermaßen daran teilhaben.

3.2. Digitaler Aktivismus als Beteiligungspraxis?

Wir haben uns bis jetzt mit digitalen Beteiligungsverfahren beschäftigt, die in einem institutionellen Setting angesiedelt sind, so wie partizipatives Haushalten oder Verfahren mit Deliberations- und Abstimmungsmöglichkeiten. Damit diese auch im Sinn der partizipativen Demokratie eingesetzt werden, haben wir gesehen, müssen sie das Potenzial haben, die Institutionen, von denen sie ausgehen, infrage zu stellen und strukturelle Veränderungen zu bewirken. Wie werden aber jene Praktiken bewertet, die von der Zivilgesellschaft ausgehen und sich (unter anderem) in Form von *Protest* gegen bestehende Institutionen richten? Gerade im 21. Jahrhundert kommt es mit den digitalen Medien zu einer Vervielfältigung von partizipativen Praktiken, mit denen eine Veränderung des Status quo eingefordert wird. Wird durch sie das Ideal der partizipativen Demokratie gestärkt?

Um diese Frage zu beantworten, ist es zunächst erforderlich zu klären, welche Rolle soziale Bewegungen und Aktivismus innerhalb der partizipativen Theorie einnehmen. Denn während institutionalisierte Beteiligungspraktiken wie Petitionen oder Referenden zwar viel Berücksichtigung erfahren (Barber 1984), scheint die Rolle von aktionistischen Praktiken wie Demonstrationen oder Streiks in der Theorie nicht eindeutig beantwortet. Um darüber mehr Klarheit zu bekommen, ziehe ich Polletta's (2016) Interpretation von sozialen Bewegungen im Kontext von partizipativer Politik heran und zeige, dass aktivistische Mobilisierung eindeutig relevant für die partizipative Theorie ist.

Anschließend widme ich mich der Frage, welche Chancen und Grenzen sich für aktivistisch-partizipative Praktiken durch digitale Technologien eröffnen. Hier werden wir erstens sehen, dass diese eine einfache und effektive Mobilisierung von Ressourcen ermöglichen, was für die Entstehung und Fortführung von sozialen Bewegungen von großem Vorteil ist (Fielitz und Staemmler 2020). Zweitens tragen sie zur Herausbildung von kollektiver Identität bei, welche als eine weitere ihrer notwendigen Bedingungen angesehen wird (Yun und Min 2020). Schließlich bilden sich auf Ebene der digitalen Infrastrukturen selbst neue Formen von Widerstand heraus (Fielitz und Staemmler 2020).

Trotz dieser Weiterentwicklung von aktionistischer Praxis im Kontext der Digitalität und der steigenden Möglichkeiten zu zivilgesellschaftlicher Partizipation werde ich kritisch fragen, ob damit auch der normative Entwurf der partizipativen Demokratietheorie realisiert wird. Angesichts der geringen politischen Entscheidungsmacht, die neue Formen von digitalem Aktivismus auszeichnet, ist dies eher zweifelhaft, wie wir zum Schluss des Kapitels sehen werden.

a. Aktivismus und Partizipation

Unter einer sozialen Bewegung ist ein breitenwirksamer Zusammenschluss von Personen gemeint, welche gemeinsame politische Visionen haben und diese gesellschaftlich umsetzen möchten. Soziale Bewegungen werden von Aktivist:innen getragen, die sich „Werkzeuge und Diskursräume an[eignen], um ihren Anliegen Ausdruck zu verleihen und Druck auf die gesellschaftlichen Verhältnisse im Allgemeinen und die Politik im Besonderen auszuüben“ (Fielietz und Staemmler 2020, 426).

Aktivismus, worunter unter anderem direkte politische Aktionen wie etwa Demonstrationen oder Streiks zählen, ist eine partizipative Praxis, mit der die Zivilgesellschaft am politischen Geschehen teilnimmt und es (manchmal) auch beeinflusst. Gegenüber etablierten Formen der politischen Beteiligung im Rahmen von Institutionen will aktivistische Praxis dessen zugrundeliegende Strukturen infrage stellen und einen tiefergreifenden Wandel erzeugen.

In ihrem fiktiven Dialog zwischen einem Aktivist und einer deliberativen Demokratin hebt Iris Marion Young die kritische Funktion des Aktivismus hervor und betont, dass dieser etwa auf Sachlagen aufmerksam macht, die innerhalb von bestehenden Strukturen nicht als problematisch wahrgenommen werden: “Activities of protest, boycott, and disruption are most appropriate for getting citizens to think seriously about what until then they may have found normal and acceptable“ (Young 2001, 675).

Die Hinterfragung von demokratischen Strukturen und der Anspruch, tiefergreifenden gesellschaftlichem Wandel ermöglichen zu wollen, liegt auch der partizipativen Demokratietheorie zugrunde (siehe Pateman 2012). Doch welche Rolle nimmt Aktivismus in der Theorie genau ein? Werden durch ihn die Voraussetzungen für eine umfassende, partizipative Demokratie realisiert? Dient er als *Erprobungsfeld* für echte, politisch wirkungsvolle Partizipation?

Polletta (2016) liefert einen nuancierten Ansatz in dieser Frage. Anhand von konkreten Beispielen von partizipativen Verfahren, in deren Kontext es zu aktivistischen Interventionen kam, zeigt sie, welche produktive Rolle Aktivist:innen in der partizipativen Demokratie einnehmen können. Zum einen beobachtet sie, dass der Einrichtung von partizipativen Foren, also Bürger:innenbeteiligungsverfahren wie etwa das oben besprochene Decide Madrid, in vielen Fällen breite aktivistische Mobilisierung vorausgeht. Sie stützt sich in erster Linie auf Beispiele aus Südamerika wie in Venezuela und Bolivien – Ähnliches kann aber auch in Spanien beobachtet werden, wo es aufgrund der spanischen Austeritätspolitik Anfang der 2010er Jahre zu monatelangen Protesten kam. Die „15M“-Bewegung, die daraus entstand, mündete wiederum in der Gründung von mehreren jungen politischen Parteien, unter anderem „Podemos“, die in der Madrider Stadtregierung maßgeblich an der Einführung des Bürger:innenbeteiligungsverfahrens Decide Madrid beteiligt war (Royo, Pina und Garcia-Rayado 2020).

Darüber hinaus weist Polletta darauf hin, wie wichtig die aktivistische Mobilisierung im Rahmen von solchen Verfahren selbst ist. Indem aktivistische Organisationen Vertreter:innen zu den Foren entsenden, die sich dort für ihre Anliegen einsetzen, tragen sie zu einer größeren Diversität bei den Diskussionen bei. Indem sie darüber hinaus abseits der Foren die breite Bevölkerung mit Kampagnen informieren und beraten, tragen sie oftmals dazu bei, dass die Teilnehmenden besser informiert sind und daher auch bessere Entscheidungen treffen können. So sollen etwa Baiocchi, Heller und Silva (2011) gezeigt haben, dass partizipative Haushaltsverfahren größere Erfolge in Gemeinden verzeichnen, in denen es gut organisierte soziale Bewegungen gebe (Polletta 2016, 488).

Damit zusammenhängend beobachtet Polletta schließlich, dass Aktivist:innen meist eine Kombination aus zwei Wegen verfolgen, um politische Reaktionen und Veränderungen hervorzurufen: erstens agieren sie, wie eben angedeutet, im Rahmen von institutionellen Settings, um möglichst viele der Bühnen in Anspruch zu nehmen, die ihnen gegeben werden, um ihren Anliegen in deliberativer Form Ausdruck zu verleihen. Zweitens werden sie auch abseits dieser Strukturen wirksam und nehmen die Straßen und öffentliche Orte für sich in Anspruch, um ihre Unzufriedenheit mit strukturellen Problemen in Protestform sicht- und hörbar zu machen (ebd., 489).

Damit zeichnet sich ab, wie wichtig der Aktivismus für die Demokratie ist. Durch seine kritische Haltung gegenüber gesellschaftliche Strukturen und Realitäten öffnet er den Blick für Veränderungen außerhalb von bestehenden Mustern. Indem er für inklusivere Formen von

demokratischer Entscheidungsfindung wirbt, nimmt er eine wichtige Rolle für die Entstehung und die erfolgreiche Durchführung von institutionellen, partizipativen Verfahren ein. Indem er Bewusstsein für gesellschaftliche Probleme schafft und Teilnehmenden von partizipativen Foren informiert und berät, leistet er außerdem wichtige aufklärerische Arbeit.

Daneben nimmt aktivistische Praxis auch pädagogische Funktionen ein. Gerade wenn soziale Bewegungen basisdemokratisch bzw. in Form von *grass-roots*-Bewegungen organisiert sind, erlernen die beteiligten Personen schnell, über Prozesse und inhaltliche Fragen mitzudenken und sich an Entscheidungsfindungen zu beteiligen. Das schult sie in ihren Entscheidungs- und Führungskompetenzen – ein Vorgang, der in der partizipativen Demokratietheorie als essenziell erachtet wird. Pateman argumentiert in diesem Zusammenhang, dass es für politische Beteiligung ein Gefühl von der eigenen politischen Wirksamkeit und Kompetenz braucht. Dieses hängt wiederum zusammen mit „a sense of general, personal effectiveness, which involves self-confidence in one’s dealings with the world“ (Pateman 1970, 46). Indem sich Aktivist:innen für soziale Anliegen in mehr oder weniger losen Kollektiven oder Organisationen einsetzen und gemeinsam Aktionen konzipieren, koordinieren und umsetzen, üben sie sich in Partizipation und erlangen ein Gefühl ihrer politischen Wirksamkeit. Dass die ehrenamtliche Arbeit in lokalpolitischen oder Nichtregierungsorganisationen dazu beiträgt, ein Gefühl von politischer Wirksamkeit zu stärken und somit Partizipation zu fördern, wird auch durch von Pateman zitierten Studien bestätigt (ebd., 47).¹⁹

Aktivistische Mobilisierung, kann somit gefolgert werden, ist ein wichtiges Terrain für die Erprobung von Partizipation. Zusammen mit den Überlegungen zu ihrem kritisch-produktiven Potenzial wird damit gezeigt, dass Aktivismus für die partizipative Demokratietheorie hohe Relevanz hat. Angesichts der Vervielfältigung der Möglichkeiten für aktivistische Vernetzung, Organisation und Mobilisierung durch digitale Technologien stellt sich die Frage, welche neuen Möglichkeiten aber auch Herausforderungen sich dadurch ergeben. Inwiefern wirken sich diese auf unser Verständnis von Partizipation aus?

¹⁹ An dieser Stelle muss jedoch wieder die Frage der Zugänglichkeit in den Raum gestellt werden, denn selbst wenn aktivistische Gruppen den Anspruch haben, jeder Person gleichermaßen offenzustehen, so kann in der Praxis beobachtet werden, dass es in ihrem Kreis oftmals zu einer Überrepräsentation von privilegierten sozialen Gruppen kommt. Das wirft die Frage danach auf, wer die materiellen Möglichkeiten hat, sich in Partizipation zu üben, und wer davon tendenziell eher ausgeschlossen ist.

b. *Sharing is Caring*. Welche Bedeutung dem Klick-Aktivismus?

Soziale Medien sind ein effektives Instrument, um innerhalb kurzer Zeit und mit nur wenig Transaktionskosten relevante Informationen mit vielen Personen zu teilen und gemeinsame Aktionen zu koordinieren (Fielitz und Staemmler 2020).

In ihrer Analyse der Proteste gegen die amtierende Präsidentin Südkoreas in 2016-2017 zeichnen Yun und Min (2020) die wichtige Rolle nach, die die sozialen Medien für die Bewegung eingenommen haben. So stellen sie fest, dass etablierte (politische und zivilgesellschaftliche) Organisationen während der Proteste in den Hintergrund traten und an deren Stelle individuelle Personen aus der Zivilgesellschaft, verbunden und organisiert mithilfe von digitalen Netzwerken, die Proteste leiteten (ebd., 2075). Sie heben hervor, dass das Internet und die sozialen Medien dazu beigetragen haben, ein breites und diverses Netzwerk an Personen aufzubauen, einen regen Nachrichtenaustausch mit einem großen Personenkreis zu ermöglichen, und Beteiligung in großem Maßstab zu mobilisieren (ebd.). In der Literatur zu sozialen Bewegungen wird häufig analysiert, dass die Beteiligungsmuster von Bürger:innen sich gewandelt haben, und dass heutzutage an die Stelle von kollektiven Organisationen oftmals Individuen treten, die sich themenspezifisch engagieren („issue-specific participation“).

Daneben können mit digitalen Netzwerken traditionelle Medien umgangen werden und Informationen direkt weitergegeben werden. Dies trägt laut Yun und Min (2020) dazu bei, Informationen zu demokratisieren: Es können nicht nur Themen angesprochen werden, die von bestehenden Medien nicht abgedeckt werden, sondern die Macht über Informationen wird zugleich zerstreut. (Wobei die Kehrseite dieser Entwicklung darin besteht, dass ein Übermaß an Informationen die Frage nach ihrer Zuverlässigkeit aufwirft (ebd., 2072).)

Damit soziale Bewegungen längerfristigen Erfolg haben, brauchen sie eine starke kollektive Identität. Das ist die Voraussetzung dafür, dass ihre Anhänger:innen das gemeinsame Ziel der Bewegung verstehen und dementsprechende Aktionen setzen (Yun und Min 2020). Viele Autor:innen gehen davon aus, dass das Internet und die sozialen Medien dazu beitragen, kollektive Identitäten zwischen disparaten Akteuren zu bilden (ebd., 2077). Das gelingt unter anderem, indem Narrative von gemeinsamer Handlung im digitalen Raum geschaffen werden. Individuen nehmen im digitalen Raum an einem kollektiven Geschehen teil, indem sie zum Beispiel politisch einschlägige Inhalte kommentieren, teilen und *liken*. In der obengenannten Studie gehen Yun und Min (2020) davon aus, dass die auf Facebook geteilten Texte, Bilder und Informationen in Zusammenhang mit den Korruptionsvorwürfen gegen die Regierung

Südkoreas als Basis eines emotionalen Konsenses zwischen den Teilnehmenden der Proteste diene (ebd., 2079).

Das *Liken* oder Teilen von politischen Botschaften auf den sozialen Medien, das Online-Spenden für gesellschaftliche oder politische Zwecke oder auch das Erstellen und Zeichnen von Online-Petitionen sind Handlungen, die dem sogenannten „Klick-Aktivismus“ hinzugerechnet werden. Laut Fielietz und Staemmler umfasst dieser die „individuelle Produktion und Verbreitung von politischen Aussagen und Meinungen in den Teilöffentlichkeiten sozialer Medien, Chatgruppen oder E-Mail-Verteilern“ (Fielietz und Staemmler 2020, 430). Ähnlich dazu verhält sich der „Hashtag-Aktivismus“, welcher entsteht, „wenn sich öffentlich Äußerungen in sozialen Medien auf ein thematisches Kürzel beziehen, um über Reichweitenverstärkung die politische Öffentlichkeit zu erreichen“ (Fielietz und Staemmler 2020, 431). Beides sind Varianten des von Fielietz und Staemmler analysierten „digitalen Aktivismus“, wodurch sich Individuen im Internet rasch vernetzen, informieren und mobilisieren können.

In der Literatur wird häufig Skepsis gegenüber dem Klick-Aktivismus oder „Slacktivism“, wie er auch abwertend bezeichnet wird, angebracht. Die Kritik gründet darin, dass entsprechende Handlungen vermeintlich wenig Mühe kosten und kaum praktische Wirkung erzielen (Morozov 2013). In der Tat trägt das Teilen von politischen Inhalten oder das Unterzeichnen von Petitionen nicht direkt zu politischen Entscheidungen innerhalb von demokratischen Institutionen bei. Doch wird aktivistische Partizipation allein dadurch legitimiert, dass sie unmittelbare Auswirkungen auf den demokratischen Entscheidungsprozess zur Folge hat? Rein entscheidungszentrierte Sichtweisen auf die Demokratie gehen davon aus (s. Van Dijk und Hacker 2018, 55). Wenn wir allerdings von einer Perspektive auf die Demokratie ausgehen, bei der die Meinungs- und Willensbildung im Zentrum steht – so wie bei der deliberativen Theorie – dann können individuelle, digitale Aktionen des Teilens oder Kommentierens durchaus ihre Berechtigung als diskursive Beiträge haben. Die Haltung der partizipativen Demokratietheorie in dieser Frage scheint mir ambivalent zu sein.

Einerseits stehen bei ihr institutionelle Veränderungen und Reformen im Zentrum, durch die Bürger:innen befähigt werden sollen, *mehr Einfluss auf demokratische Entscheidungen* zu nehmen. Wie wir weiter oben im Kapitel über Bürgerbeteiligungsverfahren gesehen haben, steht sie beispielsweise kritisch zu Verfahren, die nur den Anschein von Bürgerbeteiligung

erwecken, bei denen die Beteiligten aber de facto keinen Einfluss auf die letztendlichen Entscheidungen haben. Daraus lässt sich ableiten, dass Partizipation nicht auf soziale Praktiken reduziert werden könne, die keine konkreten, politische Veränderungen zur Folge haben. Jedoch haben aktivistische Praktiken im Netz in den meisten Fällen keine unmittelbare Auswirkungen in der Politik zur Folge: Das individuelle Verbreiten von politischen Botschaften in den sozialen Medien, auch wenn es von manchen als Beteiligungspraxis gelesen wird, verläuft unabhängig von der Sphäre der politischen Entscheidungsmacht. Und auch wenn ab und zu größere Petitionen medienwirksam an Politiker:innen überreicht werden, ist dies noch keine Garantie für die Umsetzung ihrer Forderungen. Das legt nahe, dass digitaler Aktivismus nicht dem Anspruch der partizipativen Theorie genügt. Auch Yun und Min sind in ihrer Einschätzung über die Rolle von sozialen Medien für die partizipative Demokratie skeptisch: Sie erkennen zwar an, dass Bürger:innen sich durch ihre Nutzung zu einer starken Widerstandskraft gegen die Regierung formieren können. Die Entscheidung, sie an der Politik teilhaben zu lassen, liege dennoch bei den politischen Eliten selbst. Daher würden soziale Medien und ihre aktivistische Nutzung nicht substantiell zur partizipativen Demokratie beitragen (Yun und Min 2020, 2080).

Aus den vorangegangenen Seiten geht allerdings hervor, dass Partizipation nicht bloß als das normative Endstadium einer auf umfassenden Bürgerbeteiligung beruhenden Demokratie zu verstehen ist. Vielmehr gründet sie sich auf Prozesse und Veränderungen, durch die die Menschen in unterschiedlichen Kontexten ihres Lebens Partizipation erlernen. Wenn der sogenannte „Klick-Aktivismus“ – sowie auch weitere Varianten des digitalen Aktivismus²⁰ –

²⁰ Zwei davon sind der *Hacktivismus* und der *Tech-Aktivismus*: Hinter dem Begriff *Hacktivismus* steht eine „globale Subkultur, die sich primär über den kreativen Umgang mit Technik identifiziert“ (ebd., 434). Fielitz und Staemmler zählen zu seinen Praktiken das *DDoSing*, das *Leaking* sowie das *Hacking*. Während sie alle „auf der Ebene der Internetinfrastrukturen operieren und diese manipulieren, um öffentliche Aufmerksamkeit für politische Anliegen zu generieren“ (ebd.), weisen sie Ähnlichkeiten zu politischen Aktionen im analogen Raum auf, so die Autoren. Insofern das *DDoSing* dem kollektiven Versuch entspricht, den Zugang zu einer Website zu blockieren, repliziert es „die analoge Protestform der Blockade und kann entweder als direkte Aktion oder Form des zivilen Ungehorsams interpretiert werden“ (ebd., 434-435). *Leaking* übersetzt die Praxis des Whistleblowing, das heißt das Publizieren von geheimen Dokumenten und Informationen, über verschlüsselte Plattformen wie WikiLeaks in das Digitale. *Hacking* schließlich bezeichnet „das Eindringen in fremde Systeme, Webserver, Datenbanken und E-Mail-Dienste“ und erlangt erst *a posteriori* eine politische Dimension, wenn Aktivist:innen beschließen, in den öffentlichen Raum zu treten und ihren Aktionen eine politische Forderung beizulegen (ebd., 435). Der *Tech-Aktivismus* verweist

nicht als reine Folge von einzelnen Aktionen verstanden wird, sondern sich in eine größere, soziale Bewegung einschreibt, bei der Teilnehmende sich gegenseitig informieren, solidarisch interagieren und gemeinsame Handlungen setzen, dann bildet er in vielen Fällen die Grundlage für das *Erlernen von Partizipation* im Sinne der partizipativen Demokratietheorie: Die Beteiligten schulen ihre Kompetenzen darin, gemeinschaftliche Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen, woraus ein Gefühl der eigenen politischen Wirksamkeit erwächst – dies entspricht dem pädagogischen bzw. entwicklungspsychologischen Aspekt der Theorie. Das setzt allerdings voraus, dass Aktivismus tatsächlich im Kontext einer übergeordneten Struktur stattfindet, in der Macht- und Autoritätsstrukturen demokratisch verhandelt werden können. Es ist sehr fraglich, ob die zunehmend individualisierten und themenspezifischen Formen von Aktivismus, wie wir sie vorhin kennengelernt haben, geeignet sind, Partizipation auf diese Weise zu schulen.

Für die Evaluierung von digitalen Praktiken der Beteiligung muss darüber hinaus ihre *demokratisierende Funktion* kritisch hinterfragt werden. Das knüpft erstens an die Frage an, wer die nötigen Ressourcen hat, um sich in den Netzwerken der (Teil-)Öffentlichkeit für gesellschaftliche Anliegen zu äußern und einzusetzen. Ist digitaler Aktivismus bisweilen nicht als *Spielfeld der Modernisierungsgewinner:innen* zu lesen, um auf Dirk Jörke's (2012) Ausdruck zurückzukommen? Zweitens scheint mir, dass wir in ihrer Evaluierung ohne die Einführung irgendeiner Art von substanziellen Kriterien nicht auskommen. Mit der Ausweitung von digitalen Beteiligungspraktiken öffnen sich neue Bruchlinien zwischen pro-demokratischen Akteur:innen und solchen, die demokratische Grundwerte zunehmend untergraben – zum Beispiel durch die Verbreitung von Desinformation und antidemokratischen Einstellungen. Die Neue Rechte sowie andere rechtsextreme Gruppierungen sind heutzutage bestens digital vernetzt und steuern effektive digitale Kampagnen. Dennoch steht die Ideologie,

demgegenüber auf die „technopolitische Ausgestaltung von Kommunikationsmedien und -infrastrukturen über Designpraktiken, *coding* und das dauerhafte Betreiben von Plattformen, Dienste und Software“ (ebd., 436). Diese Praxis stellt bestehende technologische Codes und Verwendungsweisen infrage, indem Prozesse und Anwendungen entwickelt werden, die sich stärker an den Bedürfnissen von Nutzer:innen in ihrer Rolle als Bürger:innen orientieren. Mithilfe von verschlüsselten Anwendungen oder Open-Source-Software werden darüber hinaus Gegenmodelle zu bestehenden Paradigmen wie etwa die Datafizierung oder die Zentralisierung der Netzwerke aufgezeigt. Viele von ihnen verfolgen das Ziel, Wissen und Ressourcen frei zugänglich zu machen. Indem sie sich für die freie Nutzung, Weiterverbreitung und freie Weiterverwendung von Daten einsetzt, leistet beispielsweise die Open-Data-Bewegung einen wichtigen Beitrag zu mehr Transparenz von öffentlichkeitsrelevanten Informationen.

die ihren partizipativen Praktiken zugrunde liegt, im grundlegenden Widerspruch mit den Idealen der partizipativen Demokratietheorie.²¹ Daher darf im Rahmen einer partizipativen Analyse auch die *Frage nach der zugrundeliegenden, demokratischen Einstellung* von sozialen Bewegungen nicht ausgeklammert werden.

c. Fazit

Dieser Abschnitt sollte zunächst die Rolle des Aktivismus in der partizipativen Demokratietheorie deutlich machen und seine Relevanz aufzeigen. Ich habe nicht nur dargelegt, dass er als Grundlage für das Erlernen von politischer Wirksamkeit und von Partizipation dienen kann; sondern auch, dass er wichtig ist, um gesellschaftlichen Druck auszuüben und in manchen Fällen die Bedingungen für das Entstehen und den Erfolg von partizipativen Foren schafft. Darüber hinaus haben wir gesehen, dass sich durch soziale Medien neue Chancen für soziale Bewegungen, insbesondere für ihre Mobilisierung und die Bildung von kollektiver Identität, eröffnet haben. In Antwort auf die Kritik, wonach „Klick-Aktivismus“ keine berechtigte Form von Partizipation sei, haben wir gesehen, dass dieser durchaus als Grundlage für Dynamiken der Vergemeinschaftung und politischem Protest dienen könne. Insofern der „digitale Aktivismus“ auf dahinterstehende soziale Bewegungen angewiesen ist, um gesellschaftliche Verhältnisse wirksam in Frage zu stellen, kristallisiert sich an diesem Punkt auch das instrumentale Verhältnis zwischen sozialen Medien und Partizipation heraus: Entscheidend für die Frage danach, ob digitaler Aktivismus zur Realisierung von partizipativer Demokratie beiträgt, ist in diesem Zusammenhang die Art und Weise, wie die Möglichkeiten zur digitalen Vernetzung und Mobilisierung angenommen werden und welche kollektiven Organisationsformen dahinterstehen.

3.3. Zusammenfassung des Kapitels

Ausgehend von der Beobachtung, dass es in den letzten Jahrzehnten zu einem Anstieg von partizipativen Praktiken gekommen ist, von denen viele durch die digitalen Medien und

²¹ In ihrem Artikel „Krise und Kontrollverlust. Digitaler Extremismus im Kontext der Corona-Pandemie“ analysieren Guhl und Gerster (2020) den starken Zuwachs von extremistischen Kanälen auf Telegram, YouTube und anderen Plattformen zwischen Beginn der Lockdownmaßnahmen im März 2020 bis September 2020. Den höchsten Mitgliederzuwachs (18%) verzeichnen ihnen zufolge rechtsextremistische Kanäle, auf denen neben rechtsextremen auch verschwörungstheoretische Inhalte geteilt werden. Die Ablehnung gegenüber staatlichen Maßnahmen und gegenüber demokratischer Autoritätsstrukturen ist dabei ein wiederkehrendes Motiv (s. Guhl und Gerster 2020).

Technologien ermöglicht wurden, habe ich mich in diesem Kapitel mit der Frage beschäftigt, wie diese aus Sicht der partizipativen Demokratietheorie bewertet werden.

Wir haben darin gesehen, dass institutionalisierte Bürgerbeteiligungsverfahren dank neuer, digitaler Werkzeugen zwar einige Vorteile mit sich bringen, aber letztlich an ihrer Fähigkeit beurteilt werden müssen, ob sie tatsächliche politische Entscheidungen hervorbringen und ob sie nicht implizite Ausschlussmechanismen reproduzieren. Darüber hinaus habe ich die Rolle von aktivistischer Praxis, also von der Zivilgesellschaft ausgehende partizipative Praktiken der Mobilisierung und des Protests, innerhalb der partizipativen Demokratietheorie untersucht und gezeigt, welche produktive Funktion sie darin einnehmen kann. In einem weiteren Schritt habe ich gefragt, welche Auswirkungen ihre Verlagerung ins Netz auf unser zugrunde gelegtes Verständnis von Partizipation hat. Dabei hat sich die ambivalente Rolle von digitalem Aktivismus gezeigt, denn wenn dieser einerseits als Grundlage für kollektive Formen von Partizipation dienen kann, so fehlen ihm andererseits institutionelle Garantien der effektiven Teilhabe und des gleichen Zugangs für alle – sowie, in extremen Fällen, ein grundlegendes Bekenntnis zu demokratischen Grundwerten.

Damit zeigt sich, dass die Ausweitung von neuen Praktiken der zivilgesellschaftlichen Partizipation – ob durch die Teilnahme an institutionellen, digitalen Beteiligungsforen oder durch die Formierung von aktivistischen Bewegungen über das Netz – aus Sicht der partizipativen Demokratietheorie kritisch beurteilt werden muss. Die Tatsache, dass digitale Technologien Vorteile in der Verbreitung von Informationen und Mobilisierung sowie für interaktive Beteiligungsprozesse mit sich bringen, ist nicht hinreichend, um tatsächlich Partizipation im Sinne der partizipativen Demokratietheorie zu fördern. Dafür müssen die obengenannten Kriterien der Effektivität, Zugänglichkeit sowie einer demokratischen Grundhaltung erfüllt sein. Ist das der Fall, können digitale Beteiligungspraktiken bisweilen an der *Demokratisierung der Gesellschaft* beitragen.

Schlussteil

Als Ausgangspunkt dieser Arbeit lag die Beobachtung, dass digitale Technologien eine Reihe an Möglichkeiten geschaffen haben, um politische Beteiligung zu fördern, sowohl auf der Ebene der demokratischen Meinungsbildung als auch der Umsetzung von politischen Aktionen. Durch den leichteren Zugang zu Informationen und diskursiven Foren, aber auch durch institutionalisierte, virtuelle Plattformen, auf denen Bürger:innen sich einfach zu politischen Fragestellungen einbringen können, könnte demokratische Meinungs- und Willensbildung vermeintlich gestärkt werden. Dieser optimistische Ansatz, von Autoren wie Coleman und Blumler noch Ende der 2000-er Jahre vertreten, sah sich jedoch zunehmend mit demokratiefeindlichen Phänomenen konfrontiert, die durch digitale Technologien und insbesondere sozialen Medien zutage gefördert wurden. Die Polarisierung des Diskurses, unter anderem von Sunstein (2007, 2018) analysiert, sowie die gewaltvolle Sprache, die heutzutage die Debatte im Netz prägen, sind nur zwei Aspekte dieser Entwicklung. Vor diesem Hintergrund stellte sich die Frage, wie die wachsende Digitalität unserer Gesellschaft aus einer demokratietheoretischer Perspektive interpretiert und bewertet wird.

Indem ich mich einerseits auf die deliberative und andererseits auf die partizipative Demokratietheorie stützte, habe ich ausgewählte Phänomene dieser „Kultur der Digitalität“ (Stalder 2016) analysiert und kritisch untersucht, ob diese dazu beitragen, die Bedingungen der deliberativen und partizipativen Ideale zu verbessern. Die Antwort darauf fiel ambivalent aus, denn wenn digitale Technologien auf der einen Seite eine vereinfachte Verbreitung von (politisch und diskursiv relevanten) Inhalten sowie die Mobilisierung von Bürger:innen ermöglichen, so sind diese in sich genommen keine hinreichenden Bedingungen dafür, um die Demokratie tatsächlich im Sinne beider Theorien zu stärken.

Vielmehr haben wir im zweiten Kapitel festgestellt, dass digital gestützte Formen der öffentlichen Meinungsbildung nicht von strukturellen Ungleichheiten ausgenommen sind und systematische Hürden im Zugang zum Diskurs auch im Netz fortbestehen. Darüber hinaus zeigte sich, dass die Ausweitung der Orte des Diskurses, die das Internet beförderte, nicht zu einer qualitativen Verbesserung des Diskurses führte: Wenngleich manche Inhalte mit mehr Vehemenz an die Öffentlichkeit getragen werden können, bedeutet das nicht, dass der argumentative Austausch von Meinungen und Standpunkten, der den Diskurs ausmacht, damit gefördert wird: Oftmals geht es gerade in sozialen Netzwerken um das reine Kundtun der eigenen Meinung, ohne die Absicht, sich auf die Argumente des Gegenübers einzulassen (Van Dijk und Hacker 2018, 92). Dies gipfelt in extremer Form in einer Polarisierung des Diskurses, bei der die eigenen Ansichten durch die Konfrontation mit gegenteiligen Ansichten sich

verfestigen und radikalisieren (Sunstein 2018). Basierend auf diesen Argumenten gegen die Idee eines intrinsischen Nutzens von digitalen Technologien für die deliberative Demokratie habe ich das Kapitel mit der Beobachtung geschlossen, dass die deliberative Theorie einer konzeptuellen Weiterentwicklung bedarf, um mit den veränderten Rahmenbedingungen des öffentlichen Diskurses Schritt zu halten. Dies erfordert allen voran stärkere epistemische Anforderungen, damit Deliberation nicht zu einer leeren Worthülse wird und diskursiver Austausch – auch im Rahmen von digitalen Formaten – gewährleistet werden kann (Talisie 2017).

Auch das dritte Kapitel hat deutlich gemacht, dass partizipative Praktiken im Netz nicht in sich demokratieförderlich sind. Zum einen zeigt sich – analog zur deliberativen Theorie –, dass ihr Zugang ungleich verteilt ist und nicht alle Bürger:innen sich gleichermaßen daran beteiligen, was zu einem Defizit an demokratischer Legitimität führen kann. Daneben müssen sie daran gemessen werden, ob die Entscheidungen, die etwa im Rahmen von institutionalisierten E-Beteiligungsverfahren getroffen, tatsächlich umgesetzt werden und sie somit nicht an Effizienz mangeln. Schließlich muss geprüft werden, ob eine gewisse demokratische Grundhaltung erfüllt ist, damit sie überhaupt als partizipative, demokratische Praxis qualifiziert werden können.

Zusammengenommen können wir demnach beobachten, dass sowohl die deliberative als auch die partizipative Demokratietheorie wichtige konzeptuelle Ansätze bieten, um die wachsende Digitalität unserer Gesellschaft und damit die einhergehenden Veränderungen in der Art und Weise, wie wir als politische Subjekte kommunizieren und handeln, besser zu verstehen. Beide Theorien zeigen zugleich die Grenzen von digital gestützten Formen der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung auf, insbesondere strukturelle Ungleichheiten im Zugang, schwache epistemische Anforderungen sowie mitunter eine mangelnde Effizienz. Damit weisen beide Theorien auch auf die Möglichkeiten hin, diese Technologien so einzusetzen und zu regulieren, damit sie einen Beitrag zu einer gestärkten deliberativen und partizipativen Demokratie leisten.

Literaturverzeichnis

- Ashton, Natalie Alana. 2021. "Coronavirus, Online Communities, and Social Change." *Public Ethics*. 2021. <https://www.publicethics.org/post/coronavirus-online-communities-and-social-change>. Accessed January 25, 2022.
- Anderson, Luvel and Michael Barnes. 2022. "Hate Speech", *The Stanford Encyclopedia of Philosophy* (Spring 2022 Edition), Edward N. Zalta (ed.), URL: <https://plato.stanford.edu/archives/spr2022/entries/hate-speech/>. Accessed April 19, 2022.
- Austin, J. L. 1986. *How to do things with words*. Oxford: Oxford University Press.
- Barber, Benjamin R. 1984. *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*. 5. print. Berkeley, Califua: University of California Press.
- . 2001. "The Uncertainty of Digital Politics." *Harvard International Review* 23 (1): 42–47.
- Barney, Darin, Gabriella Coleman, Christine Ross, Jonathan Sterne, and Tamar Tembeck, eds. 2016. *The Participatory Condition in the Digital Age*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Bastide, Lauren. 2020. *Présentes. Ville, Médias, Politique: Quelle Place Pour Les Femmes?* Paris: Allary Editions.
- Benhabib, Seyla. 1992. "Models of Public Space: Hannah Arendt, the Liberal Tradition, and Jürgen Habermas". In *Habermas and the Public Sphere*, edited by Craig J. Calhoun (73-98). Cambridge, Mass.: MIT Press
- Berlin, Isaiah. 1958. *Two concepts of liberty: An inaugural lecture delivered before the University of Oxford on 31 October 1958*. Oxford: Clarendon Press.
- Brodnig, Ingrid. 2013. *Der unsichtbare Mensch*. Wien: Czernin Verlag.
- . 2016. *Hass im Netz: Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können*. Wien: Brandstätter Verlag.
- Brundidge, Jennifer. 2010. "Encountering 'Difference' in the Contemporary Public Sphere: The Contribution of the Internet to the Heterogeneity of Political Discussion Networks." *Journal of Communication* 60 (4): 680–700.
- Brunkhorst, Hauke. 2016. "VII. Deliberative Politik – ein Verfahrensbegriff der Demokratie." In *Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung*, edited by Peter Koller und Christian Hiebaum (117–34). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Butler, Judith. 1997. *Excitable speech: a politics of the performative*. New York: Routledge.
- Calhoun, Craig J. 1997. *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Calogero, Rachel M. 2004. "A Test of Objectification Theory: The Effect of the Male Gaze on Appearance Concerns in College Women." *Psychology of Women Quarterly* 28 (1): 16–21.
- Coleman, Stephen, and Jay G Blumler. 2009. *The Internet and Democratic Citizenship: Theory, Practice and Policy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

- Deitelhoff, Nicole. 2018. "Deliberation." In *The Habermas Handbook*, edited by Hauke Brunkhorst, Regina Kreide und Cristina Lafont (528-531). New York: Columbia University Press.
- Dhrodia, Azmina. 2017. "Unsocial Media: The Real Toll of Online Abuse against Women." *Medium*, 2017. <https://medium.com/amnesty-insights/unsocial-media-the-real-toll-of-online-abuse-against-women-37134ddab3f4>. Accessed January 25, 2022.
- Dryzek, John. 2007. "Theory, Evidence, and the Tasks of Deliberation." In *Deliberation, Participation and Democracy*, 237–50. New York: Palgrave Macmillan.
- Embacher, Serge. 2009. *Demokratie! Nein danke? Demokratieverdruss in Deutschland. Die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*. 1st ed. Bonn: Dietz, J H.
- Fielitz, Maik, and Daniel Staemmler. 2020. "Hashtags, Tweets, Protest? Varianten Des Digitalen Aktivismus." *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33 (2): 425–41.
- Fishkin, James. 2009. *When the People Speak: Deliberative Democracy and Public Consultation*. Oxford: OUP Oxford.
- Forschungszentrum Menschenrechte der Universität Wien und WEISSER RING Verbrechensopferhilfe. 2018. "Gewalt Im Netz Gegen Frauen & Mädchen in Österreich." https://www.weisser-ring.at/wp-content/uploads/2019/10/Studie_Bestandsaufnahme_Gewalt_im_Netz_gegen_Frauen_und_M%C3%A4dchen_in_%C3%96sterreich.pdf. Accessed January 25, 2022.
- Fraser, Nancy. 1997. "Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy." In *Habermas and the Public Sphere*, edited by Craig J. Calhoun. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- . 2007. "Transnationalizing the Public Sphere: On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World." *Theory, Culture & Society* 24 (4): 7–30.
- Fricker, Miranda. 2006. "Powerlessness and Social Interpretation." *Episteme: A Journal of Social Epistemology* Volume 3 (Issue 1-2): 96–108.
- . *Epistemic Injustice: Power and the Ethics of Knowing*. *Epistemic Injustice*. Oxford: Oxford University Press. Accessed February 27, 2021.
- Gaigg, Vanessa. 2020 "Ein Drittel aller Wiener darf nicht wählen, darunter 72.000 Jugendliche." *DER STANDARD*. <https://www.derstandard.at/story/2000119580700/ein-drittel-aller-wiener-darf-nicht-waehlen-darunter-72-000>. Accessed February 1, 2022.
- Gelber, Katharine. 2017. "Hate speech – Definitions & Empirical Evidence." *Constitutional Commentary*, 32(3), 619-630.
- Goatcher, Jeffrey. 2005. "Carole Pateman and the Nature of a Participatory Society." *Contemporary Politics* 11 (4): 217–34.
- Gormley, Steven. 2020. *Deliberative Theory and Deconstruction: A Democratic Venture*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Guhl, Jakob, and Lea Gerster. 2020. "Krise Und Kontrollverlust: Digitaler Extremismus Im Kontext Der Corona-Pandemie." *Institute for Strategic Dialogue*. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/krise-und-kontrollverlust-digitaler-extremismus-im-kontext-der-corona-pandemie/>. Accessed January 25, 2022.

- Habermas, Jürgen. 1992. *Faktizität Und Geltung: Beiträge Zur Diskurstheorie des Rechts Und des Demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- . 1999. *Die Einbeziehung des Anderen: Studien zur politischen Theorie*. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- . 2006. “Political Communication in Media Society: Does Democracy Still Enjoy an Epistemic Dimension? The Impact of Normative Theory on Empirical Research.” *Communication Theory* (1050-3293) 16 (4): 411–26.
- Han, Byung-Chul. 2013. *Digitale Rationalität und das Ende des kommunikativen Handelns*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Highfield, Tim, and Axel Bruns. 2015. “Is Habermas on Twitter? Social Media and the Public Sphere.” In *The Routledge Companion to Social Media and Politics*, 56–73. London: Routledge.
- Holland-Cunz, Barbara. 1998. *Feministische Demokratietheorie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Jamieson, Kathleen, and Joseph Cappella. 2008. *Echo Chamber: Rush Limbaugh and the Conservative Media Establishment*. Oxford: Oxford University Press.
- Jörke, Dirk. 2010. “Die Versprechen Der Demokratie Und Die Grenzen Der Deliberation.” *Zeitschrift Für Politikwissenschaft* 20 (3–4): 269–90.
- Karasz, Lena, and Bernhard Perchinig. 2013. “Studie Staatsbürgerschaft. Konzepte, aktuelle Situation, Reformoptionen.” *Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien*. https://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Studie_Staatsbuergerschaft.pdf Accessed February 1, 2022.
- Kreide, Regina. 2016. “Digital Spaces, Public Places and Communicative Power: In Defense of Deliberative Democracy.” *Philosophy & Social Criticism* 42 (4–5): 476–86.
- Macpherson, C. B. 1983. “Nachruf auf die liberale Demokratie.” Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Manstead, Antony S. R., Martin Lea, and Jeannine Goh. 2011. “Facing the Future: Emotion Communication and the Presence of Others in the Age of Video-Mediated Communication.” In *Face-to-Face Communication over the Internet: Emotions in a Web of Culture, Language and Technology*, edited by A. Kappas and N. C. Krämer (144–75). New York: Cambridge University Press.
- Mouffe, Chantal. 2005. *On the Political*. New edition. London/New York: Routledge.
- Nadim, Marjan, and Audun Fladmoe. 2021. “Silencing Women? Gender and Online Harassment.” *Social Science Computer Review* 39 (2): 245–58.
- Nguyen, C Thi. 2018. “Why It’s as Hard to Escape an Echo Chamber as It Is to Flee a Cult.” *Aeon*, 2018, sec. Philosophy. <https://aeon.co/essays/why-its-as-hard-to-escape-an-echo-chamber-as-it-is-to-flee-a-cult>. Accessed January 25, 2022.
- Papacharissi, Zizi A. 2010. *A Private Sphere: Democracy in a Digital Age*. Cambridge, UK; Malden, MA: Polity.
- Pariser, Eli. 2011. *The Filter Bubble: How the New Personalized Web Is Changing What We Read and How We Think*. Reprint Edition. London: Penguin Books.
- Pateman, Carole. 1970. *Participation and Democratic Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.

- . 2012. “Participatory Democracy Revisited.” *Perspectives on Politics* 10 (1): 7–19.
- Polletta, Francesca. 2014. “Participatory Democracy’s Moment.” *Journal of International Affairs* 68 (1): 79–92.
- . 2016. “Social Movements in an Age of Participation.” *Mobilization: An International Quarterly* 21 (4): 485–97. <https://doi.org/10.17813/1086-671X-21-4-485>.
- Royo, Sonia, Vicente Pina, and Jaime Garcia-Rayado. 2020. “Decide Madrid: A Critical Analysis of an Award-Winning e-Participation Initiative.” *Sustainability* 12 (4): 1674.
- Sanders, Lynn M. 1997. “Against Deliberation.” *Political Theory* 25 (3): 347–76.
- Schäfer, Armin. 2015. *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Schmidt, Manfred G. 2019. *Demokratietheorien: Eine Einführung*. 6. Auflage. Heidelberg: Springer VS.
- Stalder, Felix. 2016. *Kultur der Digitalität*. Berlin: Suhrkamp.
- Stroud, Natalie. 2010. “Polarization and Partisan Selective Exposure.” *Journal of Communication* 60 (3): 556–76.
- Sunstein, Cass. 2007. *Republic.com 2.0*. Princeton: Princeton University Press.
- . 2018. *#Republic. Divided Democracy in the Age of Social Media*. #Republic. Princeton: Princeton University Press.
- Talisso, Robert. 2017. “New Trouble For Deliberative Democracy.” *Les Ateliers de l’éthique* 12 (1): 107–23.
- Turkle, Sherry. 1996. “Parallel Lives: Working on Identity in Virtual Space.” In *Constructing the Self in a Mediated World*, edited by Debra Grodin and Thomas R. Lindlof (156–75). Thousand Oaks: Sage Publications.
- Van Dijk, Jan, and Kenneth Hacker. 2018. *Internet and Democracy in the Network Society*. New York: Routledge.
- Young, Iris Marion. 2001. “Activist Challenges to Deliberative Democracy.” *Political Theory* 29 (5): 670–90.
- . 2002. *Inclusion and Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Yun, Seongyi, and Hee Min. 2020. “Does Social Media Promote Participatory Democracy? Evidence from South Korea’s Presidential Impeachment Protests” *Third World Quarterly* 41 (12): 2067–86.
- Zillien, Nicole. 2009. *Digitale Ungleichheit. Neue Technologien Und Alte Ungleichheiten in Der Informations- Und Wissensgesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Abstract (Deutsch)

Im Zentrum dieser Arbeit steht die Frage, wie die wachsende Digitalität unserer Gesellschaft aus einer demokratietheoretischen Perspektive interpretiert und bewertet werden soll. Insofern der Zuwachs an neuen Technologien der Vernetzung und des Wissensaustausches es vermehrt ermöglicht, sich auf eine informierte Weise an Debatten und Entscheidungen des Gemeinwesens zu beteiligen, wird die Hypothese geprüft, ob damit das Fundament für eine *bessere* Demokratie gelegt wird. Ausgehend von der deliberativen und der partizipativen Demokratietheorie, die beide die Beteiligung der politischen Subjekte an der Demokratie in den Fokus rücken, werden ausgewählte Phänomene der Digitalität analysiert, wie etwa die öffentliche Meinungsbildung im Netz oder digitale Beteiligungsverfahren. Beide Theorien bieten wichtige konzeptuelle Ansätze, um besser zu verstehen, wie wir als politische Subjekte im digitalen Zeitalter kommunizieren und handeln. Zugleich zeigen sie die Grenzen von digital gestützten Formen der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung auf: strukturelle Ungleichheiten im Zugang, mitunter schwache epistemische Anforderungen, mangelnde Effizienz und, in manchen Fällen, ein Defizit an demokratischer Grundhaltung.

Abstract (Englisch)

This study discusses how the increased digitality of our societies should be interpreted and evaluated from the perspective of democratic theory. As new networking and knowledge-sharing technologies allow more frequent and better-informed forms of participating in public debates and decisions, I will test the assumption that these technologies lay the foundation for a *better* democracy. Drawing on deliberative and participatory democratic theory, I analyze selected phenomena of digital culture, such as online public opinion formation and digital participatory formats. Both theories offer important conceptual approaches to better understand how we communicate and act as political subjects in the digital age. At the same time, they highlight the limits of digitally supported forms of opinion-forming and decision-making: among these I will particularly assess the structural inequalities in access, low epistemic standards, lack of efficiency, and, in some cases, environments that structurally prevent subjects from adopting basic democratic attitudes.